

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Donnerstag, 18. Dezember 1952

Blatt 2107

75. Geburtstag Max Springers

=====

18. Dezember (RK) Am 19. Dezember vollendet der Komponist, Musikpädagoge und -schriftsteller Hofrat Professor Max Springer sein 75. Lebensjahr.

Im württembergischen Dörfchen Schwendi geboren, wurde er in den Benediktinerstiften Seckau und Emaus (Prag) erzogen, wirkte als Organist und Chordirektor dieser Prager Abtei und erwarb als universeller Kirchenmusiker bald einen bedeutenden Ruf. Auch seine Kompositionen und fachlichen Arbeiten machten ihn sehr bekannt. 1909 als Professor für Gregorianischen Choral, Kontrapunkt, Komposition und Orgel an die neugegründete kirchenmusikalische Abteilung der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Klosterneuburg berufen, vertauschte Springer dieses Lehramt später mit den gleichen Fächern an der 1913 im neuerrichteten Konzerthausgebäude etablierten Hauptanstalt. Diese erlebte in den Zwanzigerjahren ihre große Zeit und zog besonders unter Franz Schmidt, Max Springer und Joseph Marx, die sich auch in der Leitung ablösten, Schüler aus der ganzen Welt an. Als Lehrer, Komponist, Musikschriftsteller, Mitarbeiter verschiedener Fach- und Tageszeitungen sowie als Präsident der Bruckner-Vereinigung entfaltete Springer viele Jahre lang im Wiener Musikleben eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit und wurde mehrfach ausgezeichnet, darunter 1924 mit dem ersten von der Stadt Wien verliehenen Kompositionspreis. Von seinen geistlichen Werken verdient vor allem die Messe "Lauda Sion" hervorgehoben zu werden, die für die Erneuerung der Kirchenmusik richtungweisend wurde und auch den nachfolgenden Tonschöpfungen den Weg vorbereitete. Zu seinen weltlichen Kompositionen gehören Lieder und Chöre, ein Violin-

18. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2108

Orgel-Konzert, Stimmungsbilder für Klavier, wertvolle Stücke für Kammermusik, zwei Opern und sechs Symphonien, die sein instrumentales Schaffen krönen. Als Komponist durch natürliche Tonsprache, diesseseitsfreudige, reich quellende Melodik und souveränes technisches Können ausgezeichnet, hat Hofrat Springer die Summe seiner musikpädagogischen Erfahrungen in dem umfangreichen Werk "Kontrapunkt (Der strenge Satz)" niedergelegt.

Pferdemarkt vom 16. Dezember

=====

18. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 175 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 143 verkauft, unverkauft blieben 32. Der Marktverkehr war ruhig.

Herkunft der Tiere: Wien 19, Niederösterreich 98, Burgenland 5, Oberösterreich 31, Steiermark 14, Salzburg 8.

Ferkelmarkt vom 17. Dezember

=====

18. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 104 Ferkel, verkauft wurden 51. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 156 S, 6 Wochen 228 S, 7 Wochen 257 S, 8 Wochen 320 S.

Der Marktbetrieb war mäßig.

Wiener Gemeinderat
=====Fortsetzung der Debatte über das Wohlfahrtswesen

18. Dezember (RK) Heute um 9 Uhr früh setzte der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas die gestern spätabends unterbrochene Debatte über die Ansätze der Geschäftsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) fort.

GR.Dr. Helene Stürzer (ÖVP) begrüßt die gegenüber dem Vorjahr erhöhten Ansätze für das Wohlfahrtswesen. Sie regt an, auch in den Kindergärten und Horten die religiöse Erziehung und das Heimatbewußtsein zu fördern. Sie verlangt, daß sich die Gewährung von Frei- und Halbfreiplätzen durch die Gemeinde Wien nicht nur auf die Städtischen Kindergärten und -horte, sondern sich auch auf private Einrichtungen dieser Art erstrecke. Zu den derzeit stattfindenden Verhandlungen über das Dienstrecht der Kindergärtnerinnen sei zu sagen, daß auch ihnen die Möglichkeit einer Pragmatisierung gegeben werden müßte. Die Gemeinde Wien dürfe ihren Kindergärtnerinnenschulen keine Monopolstellung einräumen. Die Rednerin spricht von der dringenden Notwendigkeit der Errichtung eines Kindergartens in der Siedlung Wienerfeld. Sie wirft auch die Frage auf, wo der mit 31. Dezember aus seinen Räumen gekündigte Kindergarten Ober-Laa bis zu der bereits vorgesehenen Errichtung eines neuen untergebracht werden soll. Eine große Erleichterung der berufstätigen Mütter würde durch den Ausbau des Hortwesens erreicht werden. So erfreulich die Tatsache der Ausgestaltung von öffentlichen Parkanlagen als Kinderspielplätze sei, dürfe es jedoch nicht dazu kommen, daß man einen öffentlichen Park einzäune und den Kinderfreunden zur Verfügung stelle. Die Betreuung der Kinder in den Parkanlagen sollte nicht durch "Jugend am Werk" sondern durch geschulte und erfahrene Kräfte erfolgen. Rednerin beantragt eine Intensivierung des Schwimmunterrichtes an den Schulen und die Benützung der im Winter leerstehenden Erholungsheime der Gemeinde Wien durch Schulkinder. Für jene Kinder, deren Eltern den Verpflegsbeitrag nicht leisten könnten, müßten durch das Jugendhilfswerk Ermäßigungen gewährt werden.

Bezüglich der Unterbringung von Pflegekindern in Familien

müßten durch Presse, Rundfunk und private Verbände Aufforderungen an die Bevölkerung gerichtet werden. Rednerin hebt die Arbeit des "Buchklub der Jugend" lobend hervor, der viel zur Bekämpfung der Schundliteratur beiträgt. Es müßten auch Filmstunden für Kinder zu ermäßigten Preisen eingeführt werden. Die Gemeinde solle auf die Lustbarkeitsabgabe aus diesen Veranstaltungen verzichten und eventuell auch durch Subventionen helfen. Die Kiba könnte auf diesem sozialen und kulturellen Gebiet mit gutem Beispiel vorgehen. Rednerin verweist auf die vom Bund subventionierten Vorstellungen des "Theater der Jugend" und regt an, daß auch die Gemeinde für unbemittelte Kinder Freiplätze und ermäßigte Karten beistellt.

Die Lehrwerkstätten genügen zur Unterbringung der Jugendlischen nicht. Es sollte daher den Meistern durch Schaffung von Erleichterungen eine Möglichkeit zum Halten von Lehrlingen gegeben werden.

Rednerin befürwortet die Notwendigkeit der Erhöhung der Renten für Dauerbefürsorgte. Bei aller Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Stadt Wien müßte hier dringend Abhilfe geschaffen werden. Ein großes Problem dieser Dauerbefürsorgten seien auch die Zuschüsse zur Beheizung. Diese dürften auf keinen Fall reduziert oder entzogen werden, wenn der Befürsorgte mit jemand anderem in seiner Wohnung zusammenwohnt. Die Urlaubsaktion für alte Ehepaare müßte dahingehend abgeändert werden, daß auch Einzelpersonen daran teilnehmen können. Auch das Problem der Siedlungen für alte Leute sei schwierig. Wenn man diese Ehepaare in die neuen Wohnungen einweise, verlieren sie jeden Anspruch auf die alten. Es sollte möglich sein, diese Wohnungen an Angehörige zu vergeben. Es sei hart, daß bei Todesfall des einen Ehepartners der andere diese Wohnung räumen muß. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Antonie Alt (SPÖ) sagt, die Sozialistische Partei bekennt sich zu den großen Fürsorgeleistungen der Stadt Wien. Sicher könnte noch vieles auf dem Gebiet des Fürsorge- und Wohlfahrtswesens besser gemacht werden, wenn die Stadt nicht so große Schäden erlitten hätte. Rednerin erinnert daran, daß man früher von einer Fürsorgeinflation gesprochen habe, während jetzt den Rednern der Volkspartei die Leistungen nicht hoch genug sein können.

GR. Antonie Alt bespricht dann im einzelnen die verschiedenen Aufgaben der Fürsorge. Vor dem ersten Weltkrieg gab es in Wien 18 Kindergärten. Zum Ende des zweiten Weltkrieges waren es 90, von denen jedoch ein Großteil zerstört gewesen ist. Heute könne man bereits wieder 154 Kindergärten zählen. Rund 15.000 Kinder werden dort von 1.342 Kindergärtnerinnen und Kindergartenwärtnerinnen betreut. Mit den Kindergärten ist unseren Müttern eine große Sorge genommen. Mehr als 80 Prozent der Kinder haben berufstätige Mütter. Die Rednerin fordert in diesem Zusammenhang den Ausbau von Jugendspielplätzen und bessere hygienische Verhältnisse in den Sandkisten der Parkanlagen. Sie setzt sich ferner für die Schaffung eines Mütterinternates für alleinstehende Frauen ein. Sie begrüßt die Urlaubsaktion für alte Leute, die Einrichtung der Tagesheimstätten und die Schaffung von Wohnungen für alte Ehepaare. Anerkennende Worte spricht sie über die Aktion "Jugend am Werk", die die Jugendlichen für ihren künftigen Beruf vorbereitet. (Beifall bei den Sozialisten.) Abschließend sagt GR. Antonie Alt, daß man auf dem Gebiet der Fürsorge einen gewaltigen Schritt vorwärtsgegangen ist. Sie gab der Überzeugung Ausdruck, daß mit dem weiteren Ausbau der Fürsorge, der Hilfe für die alten Leute und unserer Kinder auch das Ansehen der Stadt Wien steigt. (Beifall bei den Sozialisten.) Allen die auf dem Gebiete der Fürsorge mitgearbeitet haben, sagte die Rednerin herzlichsten Dank. (Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort beschäftigte sich Vizebürgermeister Honay zunächst mit den Ausführungen von GR. Martha Burian. Zu ihrer Kritik über den Bau von Wohnungen für alte Leute, wozu auch die Rednerin der Volkspartei Stellung genommen hatte, sagte der Referent, daß man die Frage des Freiwerdens solcher Wohnungen sehr großzügig behandelt habe. Es wird nicht sklavisch darauf bestanden, unbedingt die alte Wohnung zur Verfügung gestellt zu erhalten.

Zu der Beschwerde der GR. Burian, daß der WdU nicht alle Fürsorgetatsstellen übertragen wurden, auf die sie Anspruch hat, teilt Vizebürgermeister Honay mit, daß die WdU auf 265 Mandate Anspruch hat und bisher 141 von ihr besetzt wurden. Daß noch nicht alle Stellen besetzt sind, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die WdU noch nicht alle ihre Fürsorgeräte nam-

haft gemacht hat; in den unter russischer Kontrolle stehenden Bezirken überhaupt keine.

Zu der Beschwerde, daß die Fürsorgeorganisation der WdU beim Sammelergebnis für das Wiener Sozialwerk nicht beteiligt war, ist zu sagen, daß im Vorjahr festgestellt wurde, daß diese ihren Sitz in Graz hatte und es daher nicht zugänglich ist, sie von Wiener Sammelgeldern zu beteiligen.

Zu den Ausführungen des GR. Lauscher erklärt der Redner, daß selbst, wenn die Gemeinde sämtliche Budgetmittel für die Fürsorge bereitstellen würde, sie GR. Lauscher nicht befriedigen könnte. Für die Tuberkulosebekämpfung sind nicht, wie er kritisierte, nur 80.000 S eingestellt, sondern unter verschiedenen Budgetposten rund 6 Millionen.

Zu den schlimmsten Erscheinungen unserer Zeit gehört, daß ein großer Teil der Kinder seine Sorgspflicht für die Eltern vernachlässigt. Es müssen immer wieder gerichtliche Schritte eingeleitet werden, um die 20 Schilling monatlich als Verpflegungskostenersatz hereinzubringen. Die Gemeinde berücksichtigt die ~~sozialen~~ Verhältnisse der Zahlungspflichtigen, wird aber hart bleiben, wenn für diese Kinder die finanzielle Möglichkeit zur Zahlung besteht. Denn es ist eine Ehrenpflicht der Kinder, für ihre Eltern, die für sie soviel getan haben, beizusteuern. (Zustimmung bei SPÖ und ÖVP.)

Es ist richtig, daß auf dem Gebiete des Kindergarten- und Hortwesens noch viel zu tun ist. Aber es darf nicht übersehen werden, daß hier bereits eine ungeheure Arbeit geleistet wurde. Im Mai 1945 gab es in Wien 53 Kindergartenabteilungen und 5 Hortabteilungen mit nur 1.097 eingeschriebenen Kindern, heute hat Wien 394 Kindergartenabteilungen und 138 Hortabteilungen mit 15.310 Kindern. Diese Leistung muß wohl von allen anerkannt werden, weil sie in einer Zeit wirtschaftlicher Schwäche vollbracht worden ist, in der unerhörte Ansprüche an die Stadtverwaltung auf allen Gebieten des kommunalen Lebens gestellt werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Was die Wök-Küchen anbelangt, ist der Speisezettel nach ernährungswissenschaftlichen Grundsätzen aufgestellt und die Speisen enthalten vitaminreiche Kost in ausreichender Menge. Es muß auch richtiggestellt werden, daß die Gemeinde zwar in erster

Linie die Absolventinnen aus der eigenen Kindergärtnerinnenbildungsanstalt aufnimmt, aber auch befähigte Absolventinnen aus privaten Anstalten.

Ein unerhört schwieriges Problem bildet die Auslese der Pflegeeltern. Es liegen wohl sehr viele Angebote von Ehepaaren vor, doch entsprechen vielfach ihre sozialen- und Wohnungsverhältnisse nicht den Anforderungen, und oft muß man feststellen, daß die Meldung nur erfolgt ist, um Geld zu verdienen, nicht um dem Kinde Liebe zu bieten.

Die Gemeinde wird alles daransetzen, die Richtsätze in der offenen Fürsorge zu erhöhen. Es ist nicht richtig zu sagen, die Befürsorgten bekommen nur 8 S im Tag. Die Sätze werden nicht starr gehalten, sondern sind beweglich, und die Befürsorgten werden individuell behandelt. In diesem Jahr sind für diesen Zweck um 11 Millionen mehr in dem Budget eingesetzt, wozu noch die Bestrebungen kommen, den Befürsorgten einen Urlaub zu ermöglichen, Ehepaare in Wohnungen unterzubringen usw., Auch hinsichtlich der Heizzuschüsse wird liberal vorgegangen werden, umso mehr, als ja durch Erkältungen der Fürsorge nur erhöhte Kosten erwachsen.

Trotz aller wirtschaftlichen Nöte hat die Gemeindeverwaltung die notwendigen Mittel bereitgestellt, um die Wohlfahrtspflege wieder ein Stück nach vorwärts zu bringen, und darüber können wir uns ohne Unterschied der Partei herzlich freuen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze für das Wohlfahrtswesen gegen die Stimmen des LBl. und der WdU angenommen; die Anträge des GR. Lauscher werden teils abgelehnt, teils dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Das Gesundheitswesen
=====

Als nächste Gruppe zog der Wiener Gemeinderat hierauf die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, in Verhandlung.

Vizebürgermeister Weinberger leitete die Beratung mit einem umfangreichen Bericht ein, in den er den Wiederaufbau seiner Geschäftsgruppe im einzelnen schilderte.

Der Voranschlag 1953 sieht für den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt dieser Geschäftsgruppe eine Ausgabenpost von 442 und Einnahmen von 271 Millionen Schilling vor, sodaß sich ein Defizit in der Höhe von 171 Millionen Schilling ergibt. Der Belagsdurchschnitt aller vom Anstaltenamt verwalteten Spitalsbetten betrug im Jahre 1949 81 Prozent, 1950 86 Prozent und 1951 sogar 91 Prozent. Die Ausnützung der Betten ist in Wien weitaus besser als in anderen Ländern und Städten. In der Fachliteratur wird ein Unterbelag von 10 Prozent als normal erklärt. Die Wiener Spitalsabteilungen sind heute also praktisch zur Gänze ausgenützt. Manche Sparten sind vielfach überbelegt.

Im Zusammenhang mit der Finanzfrage muß vor allem die hohe Personalquote und die Unterbezahlung durch die Krankenkassen erwähnt werden. Die Anstalten der Gemeinde Wien haben jährlich rund 4,300.000 Verpflegstage aufzuweisen, von denen ungefähr 20 Prozent auf Selbstzahler entfallen, während ca. 80 Prozent Krankenkassenangehörige sind. Die tatsächlichen Selbstkosten stellen sich nach dem Voranschlag für das Jahr 1952 auf rund 75 Schilling, dürften jedoch tatsächlich ungefähr 80 Schilling ausmachen. Der Verpflegskostensatz beträgt derzeit durchschnittlich 55 Schilling, von dem die Krankenkassen 46 Schilling bezahlen, sodaß sich zwischen dem von den Krankenkassen bezahlten Betrag und den tatsächlichen Selbstkosten eine Spanne von nahezu 35 Schilling ergibt, was praktisch einem Zuschuß der Wiener Steuerträger an die Krankenkassen in der Höhe von über 110 Millionen Schilling pro Jahr entspricht. Daher muß weiterhin gegenüber den Krankenkassen die Forderung erhoben werden, ihrer Pflicht, für ihre erkrankten Mitglieder möglichst viel von den Selbstkosten der Anstalten tatsächlich zu bezahlen, nachzukommen.

Das geschieht aber bei weitem nicht. Andererseits werden wenig planvoll oft von seiten der Krankenkassen und anderer Versicherungsträger völlig überflüssigerweise neben den städtischen Ambulatorien auch solche von Krankenkassen errichtet und neben den modernsten städtischen Unfallsabteilungen neue Unfallspitäler und Erweiterungen von Krankenhäusern geplant und gebaut. Die Einheit des ganzen Gesundheitswesens schreitet förmlich auch nach einer Einheit der Planung durch alle dazu berufenen Stellen. Weniger von Planung reden und mehr wirklich planen, das müßte auch hier gefordert werden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Unsere Bevölkerungsstatistik ist erschreckend und erschütternd. Für das Jahr 1951 ergibt sich bei insgesamt 12.777 Geburten und 25.872 Sterbefälle ein Geburtendefizit von 13.000. Mit Schrecken müssen wir feststellen, daß in unserer Stadt die Särge die Wiegen an Zahl ganz bedeutend übertreffen. Österreich und auch unsere Stadt ist vom Volkstode bedroht! Die Geburtenhiffern betragen im Jahr 1951 auf je 1000 Einwohner, z.B. in Alexandrien 54.2, in New York 20.4, in London und Amsterdam 17.4, in Paris 16.5 - in Wien dagegen nur 7.1. Diese entsetzliche Entwicklung geht sicher aus sehr viele materielle Notstände, aber auch auf geistige Ursachen zurück. Vor allem fehlen gesicherte und gesündere und damit bessere Familien.

Im besonderen gedenkt Vizebürgermeister Weinberger der schweren und mühseligen, oft heroischen Arbeit der Ärzte, Arbeiter und Angestellte vor allem in den Krankenanstalten. 1945 waren von den Wiener Spitälern 15 Objekte völlig zerstört, 40 schwer und 70 leichter beschädigt. Für Wiederherstellungen an solchen Objekten hat die Gemeinde Wien seit Kriegsende bis jetzt zusammen rund 100 Millionen, für Inventarerhaltung und Inventaranschaffung in den Krankenanstalten über 90 Millionen ausgegeben. Für Arzneien und Verbandstoffe wurden seit Kriegsende gleichfalls nahezu 90 Millionen ausgegeben, für 1952 sind laut Voranschlag für diesen Zweck über 28 Millionen und für 1953 über 32 Millionen Schilling vorgesehen. Bei der Erneuerung der Röntgenanlagen wird bald auch die wichtige Frage gelöst werden müssen, ob es nicht besser und billiger wäre, mehr auf zentrale Röntgenstationen hinzuarbeiten.

Erfreulich ist die Entwicklung auf dem Gebiete der Tbc-Fürsorge und der Tbc-Sterblichkeit. Die allgemeine Tendenz der großen Rückläufigkeit an Tbc-Erkrankungen und an Tbc-Sterbefällen ist vor allem auf die bisher noch nie erreichte Anzahl von Tbc-Fürsorgestellen in Wien zurückzuführen. So gibt es heute 21 Tbc-Fürsorgestellen gegen 11 im Jahre 1937. Außerdem befinden sich derzeit drei Tuberkulose-Fürsorgestellen im Bau und zwar im 20., 21. und 25. Bezirk. Es wurden im Jahre 1951 107.228 Röntgenuntersuchungen durchgeführt; die heurige Zahl wird noch um einige Tausend höher sein. 135.000 Schirmbildröntgenuntersuchungen wurden gemacht, fast 70.000 Tuberkulinprüfungen und nahezu 28.000 Schutzimpfungen gegen Tuberkulose. Die Tbc-Fürsorgerinnen absolvierten über 80.000 Hausbesuche. Die Sterblichkeit der Kinder an Tbc ist nach wie vor niedrig geblieben. So starben im Jahre 1951 2 Kinder im Alter bis zu einem Jahr, 11 bis zu 5 Jahren und 4 zwischen 5 und 14 Jahren.

Von den Schulzahnkliniken waren im Jahre 1945 3 vollkommen ausgebombt, 4 schwer und 6 leicht beschädigt. Auch die fahrbare Ambulanz der Schulzahnkliniken war gänzlich zerstört. Heute sind bereits wieder 18 Schulzahnkliniken und 2 Exposituren in Betrieb. Im kommenden Jahr soll im 19. Bezirk eine neue errichtet und die Instandsetzung der im 5. Bezirk gelegenen Schulzahnklinik beendet werden. Im Jahre 1951 wurden 102.225 Kinder im Rahmen der systematischen Schulzahnpflege untersucht und 68.519 Füllungen, über 15.000 Wurzelbehandlungssitzungen, fast ebensoviele Extraktionen, an die 50.000 Zahnreinigungen vorgenommen. In nahezu 130.000 Fällen wurde Zahnbürstenunterricht gegeben. Eine Einbeziehung weiterer Schuljahrgänge in die Schulzahnpflege ist noch geplant.

Erfreulich ist auch die Entwicklung der für den gesamten Gesundheitsdienst der Stadt außerordentlich bedeutsamen Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt. Sie ist seit einem Jahr im eigenen Gebäude in der ehemaligen Gynäkologischen Abteilung der Poliklinik in der Feldgasse untergebracht und mit allem notwendigen Inventar ausgestattet. Auch das zur Durchführung des Tuberkulosenachweises mittels Kulturverfahrens sowie zur Prüfung der bei den Kranken gefundenen Tuberkelbazillen auf ihre Widerstandskraft vorgesehene Tuberkuloselaboratorium ist nunmehr eingerichtet.

In dieser Anstalt wurden im Jahre 1951 insgesamt 82.000 Untersuchungen vorgenommen. Diese Zahlen werden sich im Jahre 1952 noch um ein Drittel erhöhen. Dem Leiter dieser Stelle, Dozent Dr. Schinzel, muß hier für seine fast leidenschaftliche Sorge um die Bazillenbekämpfung und das Wiener Hochquellenwasser herzlich gedankt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch der Städtische Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst ist wieder vollkommen in Ordnung und entspricht allen Anforderungen. Im kommenden Jahr sollen zur weiteren Fortsetzung der Modernisierung 4 weitere Opel-Blitz-Wagen angeschafft werden. Der Rettungsdienst verfügt damit dann über insgesamt 37 neue, modern ausgestattete und leistungsfähige Ambulanzwagen. Auch die sonstigen Einrichtungen der Rettung sind so weit ergänzt, daß sie allen Anforderungen gerecht werden. So konnten 19 Sauerstoffatemgeräte, 20 Sanitätskasten, 10 Sanitätstaschen, 6 Schienenkoffer, 2 Katastrophenkoffer angeschafft und eingerichtet werden. Für Großeinsätze stehen 30 Reservetragbahnen bereit. Die Ausfahrten des Rettungsdienstes stiegen von 15.000 im Jahre 1946 auf nahezu 24.000 im Jahre 1951. Im Krankenbeförderungsdienst stiegen sie von 53.000 im Jahre 1946 auf über 80.000 im Jahre 1951.

Ein unerfreuliches Kapitel ist die Entwicklung der Geisteskrankheiten und die des Alkoholismus. Der Zuwachs beträgt hier jährlich schon über 350 Kranke, der effektive Gesamtzuwachs an Geisteskranken in den letzten sechs Jahren beträgt 1.054 Männer und 1.071 Frauen. Während die Zahl der wegen Schizophrenie eingelieferten Personen gleichblieb, die der Epileptiker zurückging, stieg die Zahl der eingelieferten Fälle an Alterspsychosen von 14.2 Prozent im Jahre 1932 auf 28.1 Prozent im Jahre 1951 an. Noch katastrophaler ist der Anstieg der wegen Trunksucht eingelieferten Fälle; während die Zahl der Gesamtaufnahmen unmittelbar vor 1938 12 bis 14 Prozent betrug, waren es im Jahre 1951 23.7 Prozent. Vor allem bei den männlichen Aufnahmen ist fast jeder zweite Fall ein Alkoholiker. Eine Absonderung der Alkoholiker von den übrigen Geisteskranken in den Anstalten wäre dringend notwendig.

Über das Krebsproblem und seine Bekämpfung, sagte Vizebürgermeister Weinberger, daß er ehrlich bemüht war, wenigstens einen wirksamen Anfang zu machen, aufzuklären und das Gewissen zu wecken. Es war ein leidvoller Weg, den er bis jetzt gehen mußte. Er habe sich gefreut, als im vorigen Jahr der Widerstand der größten Partei dieses Hauses gebrochen schien. Alle seine Bemühungen seither, die Fürsorge um einige neue Stellen weiter auszugestalten, sind jedoch bisher gescheitert.

Die Krebsfürsorge umfaßt derzeit vier Gesundenuntersuchungsstellen. Bisher wurden insgesamt 7.500 Personen untersucht. Das Ergebnis waren 502 karzinomverdächtige Befunde. Außerdem konnten fast 4000 andere Erkrankungen festgestellt werden, durch deren rechtzeitige Behandlung spätere Krebsleiden verhütet wurden. Die allgemein bestehenden langen Wartezeiten sind jedoch medizinisch kaum zu verantworten. Die Stadt Wien steht bezüglich der Krebshäufigkeit mit 290 Todesfällen auf 100.000 Lebende an der Spitze der Weltstatistik. Alle zwei Stunden stirbt in unserer Stadt ein Krebskranker. In anderen Ländern, besonders in Deutschland, ist die Krebsfürsorge bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Allein im Rheinland-Westfalen wurden seit 1948 85 Untersuchungsstellen eingerichtet. Redner sagte, er hoffe, daß er in Zukunft auf diesem Gebiet keine Schwierigkeiten mehr zu überwinden haben werde. Er müßte im anderen Fall annehmen, daß man auf gar keinem Fall zulassen will, daß der Kampf gegen den Krebs in Wien von einem Stadtrat der ÖVP geführt wird. Er sei nicht bereit für jene einzustehen, die allein die Verantwortung dafür tragen, daß solange nichts weitergehen konnte. Wenn es auf seine Partei ankäme, dann würde die Stadt Wien in wenigen Tagen zumindest für je zwei Bezirke eine ordentliche Untersuchungsstelle besitzen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bitte Sie, fuhr der Referent fort, ich beschwöre Sie, helfen Sie mit, daß dieser unwürdige und aller Tradition unserer Stadt hohnsprechende Zustand endlich beseitigt wird.

Der Referent kam dann auf die Altersheime zu sprechen. Als Dr. Karl Lueger, der noch immer unerreichte Bürgermeister unserer Stadt, das auch heute noch vorbildliche Altersheim in Lainz errichtete, dachte er nur an die alten, müden und ruhebedürftigen Wiener Bürger. Heute kann man von Altersheimen in diesem Sinn nicht mehr sprechen.

Es sind Altersspitäler geworden, weil fast nur noch schwerkranke Menschen dort untergebracht sind. Während aber in den ordentlichen Spitälern auf einen Arzt 15 Betten kommen, entfällt in den Altersheimen erst auf mehr als 100 Betten ein Arzt. Vizebürgermeister Weinberger begrüßte es daher, daß die Stadtverwaltung darangeht, wenigstens einen kleinen Teil der neuen kommunalen Wohnungen für alte Leute zu reservieren. Er sprach in diesem Zusammenhang an die jüngere Generation in Wien die Bitte aus, ihre alten Eltern so lange wie möglich in den Familien zu betreuen. Dieses Opfer mögen sie so selbstverständlich und gerne bringen, wie auch ihre Eltern und Großeltern so viele Opfer gebracht haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Über die Krankheiten des Jahres sagte der Referent, daß die Zahl der Sterbefälle von 24.249 im Jahre 1950 auf 25.872 im Jahre 1951 gestiegen ist. Die häufigsten Todesursachen waren organische Herzkrankheiten, Krebs und Gehirnblutungen.

Abschließend sprach Vizebürgermeister Weinberger über Planungen im Gesundheitswesen. Für die Fortsetzung des Neubaus des Infektionskrankenhauses sind im kommenden Jahr 10 Millionen Schilling veranschlagt, 4 Millionen für eine neue Krankenpflegerinnenschule im Wilhelminenspital. Für das Allgemeine Krankenhaus gibt es zwei Projekte, beide von Prof. Brunner. Das eine sieht bekanntlich die Errichtung eines großen Komplexes auf dem Gelände der neuen Kliniken vor, während neuere Entwürfe das Krankenhaus auf dem Boden des bisherigen Geländes verlegen. Aussprachen mit namhaften Fachleuten haben ergeben, daß es zu begrüßen wäre, wenn das neue Allgemeine Krankenhaus auf einem Bruchteil der alten Fläche mit viel Grünflächen, Licht, Luft und Sonne entstehen könnte. Der Referent sagte, er hoffe sehr, daß die Gemeindeverwaltung bald den einen oder anderen Plan verwirklichen könne und regte an, daß für diesen Bau nicht nur die Mittel der Stadt sondern auch Bundesmittel und Spenden aufgebracht werden sollen.

Am Ende seines Berichtes sprach Vizebürgermeister Weinberger allen, die an der Erhaltung, an der Ausgestaltung, an der Verbesserung, vor allem aber an der ordentlichen Führung des Wiener Gesundheitswesens Anteil haben, im Namen des Wiener Gemeinderates und damit im Namen des Wiener Volkes den Dank aus.

(Beifall bei der ÖVP.) Ich weiß, sagte der Referent, daß uns die Gesundheitsverwaltung viele hunderte Millionen kostet. Ich glaube aber, daß sie doch nicht verloren sind, sondern daß sie zurückbezahlt werden von allen, die wieder gesund werden, von allen, die von einer Krankheit bewahrt werden konnten, von allen, die bereits ausgestoßen schienen und doch wieder zurückfanden in die Gemeinschaft des arbeitenden, des schaffenden Volkes.

Wir haben ein Recht darauf, auf die historischen und auf die gegenwärtigen Leistungen der Wiener Medizin und der Wiener Gesundheitsverwaltung stolz zu sein. Wir wollen auch weiter dafür arbeiten, daß Wien seinen guten Ruf als Stadt eines gesunden und fortschrittlichen Geistes, als Stadt der Arbeit, als Stadt der Kultur, der Schönheit und der Freude erhält. Wir wollen aber auch arbeiten, daß unsere Stadt den guten alten und den guten erworbenen Ruf einer Stadt hoher medizinischer Wissenschaft und hoher Gesundheitskultur beibehält. Aus diesem Geiste ersuche ich um Ihre lebendige, aber sachliche Stellungnahme und um die Annahme der Ansätze des Haushaltsplanes 1953 für das Kapitel Gesundheitswesen.

Debatte über das Gesundheitswesen

GR. Wicha (WdU) unterstrich die Ausführungen des Referenten über die Altersheime und sagte, das Altersheim in Lainz entspricht weder den Erfordernissen eines Altersheimes, viel weniger aber noch denen eines Spitals. Man scheint der Ansicht zu sein, daß für alte Leute alles gut genug ist. Der Redner appellierte jedoch an das soziale Gewissen des Wiener Gemeinderates, diese unwürdigen Zustände abzuschaffen.

Die Volksgesundheit hängt wesentlich mit der medizinischen Forschung zusammen. Um dieses Gebiet sei es jedoch in Wien traurig bestellt. Die berühmte Wiener medizinische Schule wird heute ihrem Ruf nicht mehr gerecht. Die absolut ungenügende Dotierung dieses Zweiges der Wissenschaft hat dazu geführt, daß anerkannte Kapazitäten in das Ausland abgewandert sind; darüber hinaus hat man auch anerkannte Gelehrte auf Grund der NS-Gesetzgebung auf die Straße gesetzt.

Die Ansätze des Gesundheitswesens bringen einen Abgang von 293 Millionen Schilling. 40 Prozent des gesamten Abganges werden durch die Krankenkassen verursacht. Der Redner stellte in diesem Zusammenhang erneut die Forderungen nach Einführung von Wahlkrankenkassen. Er wendet sich im weiteren gegen verschiedene Einschränkungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und hebt besonders hervor, es ginge nicht an, Kinderspitäler aufzulassen; auch die Frage der Jungärzte müßte einer Lösung zugeführt werden.

Aus all diesen angeführten Gründen könne seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR.Dr. Matejka (LBl.) bezeichnete das Referat des Stadtrates für das Gesundheitswesen als Todesurteil für diese Gesellschaftsordnung. Er müsse nach jahrelangen Bemühungen feststellen, daß sich eigentlich nichts wesentliches gebessert habe. Es sei daher umso verwunderlicher, daß er keinen Raum gefunden habe, zu dieser Gesellschaftsordnung selbst zu sprechen und darüber, wie, wann und von wem sie geändert werden wird. Diese Gesellschaft gehört allein schon wegen dieses Kapitels Gesundheit längst abgelöst.

In diesem Kapitel ist eine Steigerung der Einnahmen um 12.5 Prozent, der Ausgaben aber nur um 5.2 Prozent. Das kommentiert sich selbst. Die Nettoausgaben des ordentlichen Haushaltes sind ständig im Sinken. Es sinken aber auch die Defizite bei den ehemaligen Fondsanstalten und den städtischen Krankenhäusern. Es scheint die Tendenz auf, die Defizite auf Kosten der Krankenkassen, das heißt ihrer Mitglieder, zu vermindern. Die Krankenkassen halten sich durch Leistungseinschränkungen schadlos. Die Regelung mit dem Bund über die Krankenhäuser steht noch immer aus, und es hat sich eine kritische Lage ergeben.

Der Zustand des Wiener Rettungsdienstes ist unzulänglich, ein Ausbau wäre dringend notwendig. Die Zahl der Rettungswagen ist von 9 auf 8 vermindert worden, obwohl die Verkehrsunfälle von 5.274 im Jahr 1946 auf 13.296 im Jahr 1951 und die Zahl der Betriebsunfälle in der gleichen Zeit von 23.567 auf 45.026 gestiegen ist.

Der Redner stellt deswegen den Antrag auf Ausbau des Rettungsdienstes, vor allem auf Vermehrung der Zahl der Rettungsautos, der Ärzte und des Sanitätspersonals.

In einem weiteren Antrag wird darauf verwiesen, daß der Tuberkulosen-Fürsorgestelle des 3. Bezirkes, des volkreichsten Wiens, kein Röntgenapparat zur Verfügung steht, während ein solcher einer anderen Dienststelle zur Verfügung steht, ohne von dieser benützt zu werden. In dem Antrag wird die Aufstellung eines Röntgenapparates im 3. Bezirk gefordert.

Für Tbc-Kranke ohne Krankenkasse oder einer weniger leistungsfähigen Krankenkasse ist eine kostenlose Unterbringung in Heilstätten und Spitäler vorgesehen. Nach den bestehenden Bestimmungen bezieht sich das aber nur auf Personen, die im Jahr nicht mehr als 7.200 S verdienen, weil eine deutsche Verordnung einfach übernommen wurde. Was hat, fragt Dr. Matejka, der verantwortliche Stadtrat veranlaßt, um eine Änderung dieser Einkommensgrenze herbeizuführen?

Die Fraktion des Linksblocks vermißt in diesem Budget die Beträge für den Ausbau der Krebsbekämpfung, vor allem für die Errichtung weiterer Gesundenuntersuchungsstellen, da die vier bestehenden nicht genügen. Angeblich muß wegen des neuerlichen Notopfers der Gemeinde an den Bund gespart werden; hier spart die Stadt Wien allerdings auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung.

Der Redner stellt eine Anzahl von Anträgen, so auf Aufbau der städtischen Krebsfürsorge, insbesondere auf Errichtung zwei neuer Krebsfürsorgestellen, auf Errichtung wenigstens einer Abteilung für Arbeitsmedizin (Berufskrankheiten) in einem der städtischen Krankenhäuser, auf Durchführung einer Aufklärungskampagne für die Schutzimpfung gegen Diphtherie, auf raschesten Ausbau der Schulzahnpflege und Einbeziehung aller Wiener Kinder in die Schulzahnpflege, auf entsprechende Vermehrung des ärztlichen Personals und des Pflegepersonals in den städtischen Altersheimen und Irrenheimen sowie auf Beseitigung der Ärztemisere und Besserstellung der Ärzte in den Wiener Krankenanstalten.

Er begründet diese Anträge eingehend und verweist im besonderen auf die Altersheime, die Versorgungshäuser im schlechten Sinn des Wortes seien. Vor allem die Krankenabteilungen in den

Altersheimen seien unzureichend, obwohl mehr als die Hälfte der Alterspfleglinge krank in diesen Abteilungen liegt. So entfallen in der Krankenabteilung des Altersheimes Lainz auf jeden der 56 Ärzte 67 Patienten, in Baumgarten auf jeden Arzt sogar 77 Patienten.

Eindringlich verweist Dr. Matejka auf die Notwendigkeit einer weitgehenden Prophylaxe auf dem Gebiete der Gesundheitsbetreuung der Bevölkerung und bemängelte u.a., daß von der Gemeinde Wien 400 Milligramm Radium zu einem Preis von 240.000 Schilling gekauft wurden, obwohl man für das gleiche Geld die hundertfache Menge des viel wirksameren Radiokobalts hätte kaufen können. Es handle sich hier um ein Kapitel das das Symbol des Budgets der ganzen Stadt ist, Gesundheit oder Krankheit, Tod oder Leben. Der Ausdruck dieses Budgets ist jedoch ein Ausdruck des Todes und seine Fraktion lehne es aus diesem Grunde ab.

GR.Dr. Eberle (ÖVP) spricht von der Notwendigkeit der Lösung des Problems der Jungärzte. Wenn die Gemeinde Wien auch keine Möglichkeit habe dieses zu lösen, so könne hier doch beraten werden, ob nicht noch an irgendwelchen Stellen Ärzte eingesetzt werden könnten. Auch unter den Spitalsärzten und Primärärzten wäre die Not groß. Diese müßten um halbwegs leben zu können eine Privatpraxis führen, wodurch jedoch ihre Tätigkeit in den Spitälern wieder zum Teil beeinträchtigt wird. In anderen europäischen Ländern machen die Ärztelöhne ein Vielfaches der österreichischen aus. Wenn auch eine derartige Steigerung nicht erreicht werden kann, müßten doch alle Anstrengungen zur Ermöglichung einer Aufbesserung unternommen werden. Bei einer ausreichenden Entlohnung der Spitalsärzte würden diese zum Vorteil der Spitäler ihre Privatpraxis einstellen und sich so für die Jungärzte die Möglichkeit der Gründung einer Praxis bieten. Der Redner verweist auch darauf, daß die Vergebung der Primärärzte- und Assistentenstellen zu keinem Politikum werden dürfe. Bei der Vergebung von Assistentenposten müßte in erster Linie der zuständige Primarius entscheiden können. Wenn es um die Behandlung von Krankheiten und um die Abwehr des Todes geht, muß das Parteibuch geschlossen bleiben und nach rein sachlichen und fachlichen Erwägungen beurteilt werden.

Der Redner betont, man müsse auf die altbewährte Einrichtung

der Vorkriegszeit zurückgreifen und für Krankenhäuser mit mehr als 500 Betten oder 3 Primariaten eine eigene Direktorenstelle schaffen. Die dadurch entstehende geringfügige finanzielle Mehrbelastung würde dadurch hereingebracht werden, daß sich ein Direktor mehr als ein Primararzt, der dies ja nur nebenbei besorgen könne, um die Überwachung des Spitals, der Küche usw. kümmern könnte. Eine weitere Forderung wäre, daß die Spitäler nicht als Museen oder Durchzugshäuser betrachtet werden sollen, wodurch die Patienten in ihrer Ruhe gestört werden. Es soll auch darauf geachtet werden, daß Patienten nur in jene Abteilungen gelegt werden, die zur Behandlung ihrer Krankheit bestimmt sind. Sehr wichtig wäre die Schaffung von Alterskrankenabteilungen. Zu fordern ist auch eine bessere ärztliche und pflegerische Betreuung der Altersheime und der Heil- und Pflegeanstalten. Manche Unzukömmlichkeiten könnten auf diesem Gebiet durch Bereitstellung von genügend Ärzten und Pflegepersonal abgewendet werden. Der Redner bittet einen Plan zu erstellen, der eine bessere ärztliche und pflegerische Versorgung dieser Anstalten gewährleistet. GR.Dr.Eberle verlangt mehr Einfluß des Stadtrates für Gesundheitswesen auf Personalangelegenheiten bei den Krankenanstalten, Erziehungsanstalten, den Krankenpflegeschulen und den Erziehungsinstituten. Der Redner verweist sodann auf die großen Leistungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, die seit 1945 erzielt wurden. Die Kriegsschäden sind behoben, die Spitäler sind schöner als zuvor. Auch große Neubauten sind inzwischen auf diesem Gebiete entstanden. Dem Ausbau und der Modernisierung der Spitäler wird auch im kommenden Jahr großes Augenmerk zugewendet werden. Wir wollen keine Luxuskrankenhäuser, aber saubere nette Spitäler, mit ausreichender ärztlicher Einrichtung, geschulten und gewissenhaften Ärzten und ebensolchen Schwestern und mit guten, reichlichem Essen. Auch um die Umgestaltung und Modernisierung des Rudolfskrankenhauses wird man sich in den nächsten Jahren bemühen.

GR.Dr.Eberle tritt dafür ein, die Kinderklinik Glanzing an den Bund abzutreten und für die damit verbundene Zusammenlegung mit der Wiener Universitätskinderklinik.

Der Universitätskinderklinik fehlen die Räume für eine Säuglingsabteilung, für eine Infektionsabteilung und für eine Stelle zur Forschung auf dem Gebiete der Ernährung des Kindes. Diese Raumnot wäre durch eine Zusammenlegung mit Glanzing aus der Welt geschafft. Dort könnte auch eine entsprechende Kinderschwesternschule untergebracht werden, die der Universität fehlt. Dr. Eberle befaßt sich ferner mit der Schulärztefrage und richtet in diesem Zusammenhang einen Appell an die Schulbehörden und Bauämter, im nächsten Jahr auch die alten Schulgebäude in Ordnung zu bringen und vor allem entsprechende sanitäre Anlagen einzurichten. Auf diesem Gebiet herrschen noch vorsintflutliche Zustände. Es ist heute so, daß einzelne Ärzte bis zu neun Schulen zu betreuen haben. Man muß jedoch trachten, daß jeder Schularzt nicht mehr als sechs Schulen zugewiesen erhält. Außerdem ist es notwendig, mehr Schulärzte einzustellen, und sie auch vor allem entsprechend zu entlohnen.

Ausführlich nahm der Redner zum Krebsproblem Stellung. Der Krebs ist heute, das geben heute alle Ärzte der Welt zu, jene Krankheit, die unseren menschlichen Organismus am häufigsten und gefährlichsten heimsucht. Man möchte nun meinen, daß man gegen diese Volkskrankheit mit allen Mitteln ankämpft. Bei uns hat man jedoch den Eindruck, daß es sich um eine "politische Krankheit" handelt. Weil die Initiative in der Krebsbekämpfung von Vizebürgermeister Weinberger ausgeht, will man ihm nicht die entsprechende Unterstützung gewähren. Wir machen hier in Wien das unschöne Theater mit, daß es Männer von Rang und Wissenschaft gibt, die sich in Versammlungen nicht genug tun können, die Bevölkerung aufzufordern, alles zu tun, um diese Krankheit zu bekämpfen. Wenn es aber dann darauf ankommt die Gesundenuntersuchungsstellen zu vermehren, sind sie auf einmal dagegen. Der Redner ersuchte, mehr zu tun als bisher, und stellte den Antrag, die Stadt Wien möge für je zwei Wiener Bezirke eine Gesundenuntersuchungsstelle errichten. Wenn man aber fragt, ob diese Gesundenuntersuchungsstellen überhaupt das Richtige sind, führte Dr. Eberle weiter aus, dann muß ich als Arzt sagen, einstweilen ja! In der ganzen Welt schafft man solche Stellen, warum nicht auch in Wien? Der Redner erinnert an die Krebstagung in Wien, bei

der Bürgermeister Jonas erklärte, daß die Stadt alles dazu beitragen werde, um gegen diese gefährliche Krankheit zu kämpfen. Bundespräsident Dr. Körner hat ebenfalls auf dieser Tagung erklärt, daß jedem Kranken geholfen wird, wenn er den Willen dazu beiträgt. Nun diesen Willen hat die Bevölkerung. Die Ärzte haben aber auf diesen Untersuchungsstellen gelernt, daß es notwendig wäre, sich mehr mit der prophylaktischen Medizin zu beschäftigen. Jeder Mensch sollte sich einmal oder besser noch zweimal im Jahr genau untersuchen lassen. Wir machen das mit jeder Maschine, die wir benützen, warum sind wir gegen unseren Organismus so geizig?

Zum Kontrollamtsbericht, der sich darüber beklagt, daß die Krankenanstalten nicht kostendeckend sind, sagt Dr. Eberle als Arzt, daß dies auf der ganzen Welt nicht der Fall sei. Was wir jedoch an Geldern in das Gesundheitswesen hineinstecken, das kommt uns wieder an der Gesundheit des Volkes zugute.

Abschließend bringt Dr. Eberle drei Anträge ein. Der erste verlangt die Erhöhung der Bezüge für die städtischen Primärärzte, der zweite die Erhöhung der Zahl der Schulärztestellen, und der dritte die Errichtung von Krebsfürsorgestellen für je zwei Wiener Bezirke. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Antonia Platzer (SPÖ) verweist darauf, daß Wohlfahrtswesen und Gesundheit fast mit einem Drittel des Budgets bedacht sind und davon wieder der größere Teil auf das Gesundheitswesen entfällt. Es muß anerkannt werden, daß eine Reihe von Wiederaufbauten und Neubauten in diesem Jahr geleistet wurde, darunter auch das Schwesternheim des Wilhelminenspitals, was auch eine Würdigung der schweren Arbeit der Schwestern ist, die in mustergültiger Weise die Patienten und alten Leute betreuen. (Beifall bei den Sozialisten.) Im schwer beschädigten Franz Josefs-Spital ist ein großzügiger Ausbau im Gange, der bereits 18 Millionen verschlungen hat und für den im kommenden Jahr 14 Millionen vorgesehen sind. Nach seiner Fertigstellung wird es zu den modernsten Spitalern gehören und auch gegenüber Spitalern in Ländern, die durch den Krieg verschont geblieben sind, nicht zurückstehen. Bei elf Kranken-

anstalten und sechs Altersheimen sowie fünf Erziehungsheimen sind die Kriegsschäden bereits vollständig behoben worden, und so wird die Ausgestaltung unserer Spitäler den anderen Ländern allmählich nicht mehr nachstehen. Es ist nur zu wünschen, daß die Verhandlungen mit dem Bund zu einem erträglichen Abschluß führen und nicht nur die Gemeinde den Abgang der Spitäler aus ihren Steuermitteln bezahlen muß.

In den Altersheimen ist 1952 ein durchschnittlicher Belag von 5.790 Pfléglingen gegenüber 3.500 im Jahre 1945. Es stimmt nicht, daß die alten Leute sich fürchten, in die Altersheime zu gehen - es ist nur der erste Entschluß, aus der Familie wegzugehen -, und man kann feststellen, daß die alten Leute freimütig erklären, daß es ihnen gut gehe und das Essen ausreichend und gut sei.

Mit Befriedigung kann vermerkt werden, daß die Tbc, die Wiener Krankheit, im Aussterben begriffen ist. Das ist dem Zusammenwirken verschiedener Einrichtungen zu verdanken, der vorbildlichen Tuberkulosenfürsorge der Gemeinde Wien, dem sozialen Wohnhausbau wie überhaupt der sozialpolitischen Gesetzgebung. Ein erfreulicher Rückgang ist auch bei den Geschlechtskrankheiten zu verzeichnen, sodaß 1951 nur zehn Neuerkrankungen an Lues vermerkt wurden, gegenüber 2.000 im Jahre 1946. Dadurch konnte auch die Heilanstalt Klosterneuburg als Altersheim verwendet werden. Besonders erfreulich ist der Rückgang der Säuglingssterblichkeit, die 1952 5.4 Prozent der Lebendgeburten ausmachte.

Auf einem Gebiet allerdings droht eine Seuche alle Bemühungen um die Gesundheit der Bevölkerung zu untergraben: Es ist die Trunksucht. Sie ist in erschreckendem Ansteigen begriffen und zieht sehr weite Kreise. Sie zieht die Menschen in den Abgrund, nimmt ihnen alle Hemmungen, führt sie zum Verbrechen und schädigt die Gesundheit der Trinker und ihrer Familien.

Während 1936 347 Personen wegen Trunksucht in Österreich verurteilt wurden, waren es 1951 bereits 640; von hundert in die Psychiatrie eingelieferten Personen war 1930 bei 34, 1952 bis Oktober jedoch schon bei 48 Trunksucht die Ursache. Mit den 3.5 bis 4 Milliarden, die in Alkohol umgesetzt werden, könnte man 45.000 bis 50.000 Wohnungen bauen. Das ist eine traurige Bilanz. Besonders zerstörend aber wirkt der Alkohol auf die Familien mit Kindern, und im Jugendamt gibt es unzählige Fälle, vor denen die Jugendbetreuer erschüttert stehen. In einer einzigen Woche waren bei 590 Verkehrsunfällen allein 20 Fälle auf Trunkenheit zurückzuführen. Diese Seuche muß ganz energisch bekämpft werden, um zu verhindern, daß ein Teil des Volksvermögens dazu verwendet wird, die Volksgesundheit zu untergraben. Die Gemeinde Wien gewährt zwei großen Abstinenzvereinen Subventionen. Es muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß eine ausländische Macht sich nicht damit begnügt, uns unsere Freiheit vorzuenthalten und sich unsere Bodenschätze anzueignen, sondern daß sie auch systematisch und im steigenden Maße mit USIA-Schnaps unsere Bevölkerung vergiftet. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Der zuständige Amtsführende Stadtrat solle, schließt die Rednerin, alles Zweckdienliche zur Aufklärung der Bevölkerung über die Schädlichkeit des unmäßigen Alkoholgenusses unternehmen und die Trinkerfürsorge in dem Sinne ausbauen, daß auch freiwillige Aufnahmen möglich werden. Die Fraktion der SPÖ werde dem Voranschlag dieser Verwaltungsgruppe zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Vizebürgermeister Weinberger antwortete in seinem Schlußwort zunächst dem GR. Wicha, der den Niedergang der Wiener medizinischen Schule beklagt hatte. Diese Behauptung stimme jedoch nicht, man könne vielmehr mit Freude feststellen, daß sich die Wiener medizinische Schule heute wieder Weltgeltung erworben habe. Sogar nach Rußland wurden wiederholt medizinische Kapazitäten aus Wien berufen. Auch die Behauptung, daß ehemals nationalsozialistische Ärzte in großer Zahl aus der Gesundheitsverwaltung herausgerissen und nicht wieder eingestellt worden seien, stimme nicht. Eine große Zahl sei seit längerer Zeit wieder eingestellt und sogar in hohen Positionen der Gesundheitspflege tätig.

Er selbst habe als Amtsführender Stadtrat schon wiederholt konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Jungärzte vorgetragen, von denen nur zu hoffen sei, daß sie auch verwirklicht werden können.

In Beantwortung der Ausführungen des GR.Dr.Matejka forderte hierauf Vizebürgermeister Weinberger diesen auf, konkrete Unterlagen zu bringen, wo die "Wiener Rettung" nicht funktioniert habe. Klagen in dieser Beziehung hätten sich bei einer Überprüfung immer wieder als unbegründet herausgestellt.

Die Transferierung des Röntgenapparates sei an der Höhe der Kosten im Betrage von 40.000 Schilling gescheitert.

Was Dr.Matejka zu der Frage der Bekämpfung des Krebses vorgebracht habe, sei nur eine Unterstützung dessen, was er, der Stadtrat, selbst sei Jahr und Tag vorbringe. Der Antrag auf Errichtung einer Abteilung für Arbeitsmedizin werde überprüft werden, es bestünde aber schon derzeit einzelne Einrichtungen dieser Art in Wien. Die Diphtherieimpfungen würden sehr gewissenhaft vorgenommen, die Bevölkerung werde laufend über ihre Bedeutung aufgeklärt und diesbezüglich ein enger Kontakt mit den Schulen gepflogen.

Die Probleme der Altersheime werden, erklärt der Vizebürgermeister, von mir sehr genau behandelt, und wir werden uns bemühen, auch das Problem der Schulzahnkliniken nach Möglichkeit zu lösen. Die Schulärzte sind tatsächlich oft in unzulänglichen Räumen untergebracht. Zu der Forderung nach möglicher Vorsorge und Prophylaxe auf dem Gebiete der Gesundheitspflege kann man nur ja sagen.

Den Antrag des GR.Dr.Matejka, betreffend die Schutzimpfungen gegen Diphtherie, empfiehlt der Berichterstatter zur Zuweisung an den zuständigen Ausschuß, die übrigen Anträge zur Ablehnung, da ihre Forderungen bereits in anderen Anträgen berücksichtigt seien. Der Referent dankt GR.Dr.Eberle für die interessanten Anregungen, die er gerne aufgreife. Er werde alles tun, um sie der Erfüllung zuzuführen. Es ist sicher, daß die derzeitige Besoldung der Ärzte auf die Dauer unmöglich ist. Sie führt auch schon dazu, daß bei der Ausschreibung von freien Arztstellen sich oft gerade die besten Ärzte nicht darum bewerben. Auch

von der Notwendigkeit der Anstellung von Direktoren für größere Spitäler sei er überzeugt. Gegen die Bestellung von Ärzten und des übrigen Personals auf parteipolitischer Grundlage könne auch er nur entschiedene Kritik üben. Leider bestehen diese Parteibuchüberlegungen bei allen Parteien. Hier Abhilfe zu schaffen, wäre dringend nötig. Die Frage des stärksten Mitspracherechts in Personalangelegenheiten sei eine sehr ernste. Es ist dabei selbstverständlich nicht an eine Zerschlagung der Einheit der Personalverwaltung gedacht, aber es wäre sicherlich gut, wenn die zuständigen und verantwortlichen Leiter wenigstens ein Mitspracherecht erhielten. Auch die Frage der Übergabe der Kinderklinik Glanzing an den Bund hofft er einer Lösung zuführen zu können.

Vizebürgermeister Weinberger dankt auch Gemeinderätin Platzer für ihre positiven Ausführungen zur Gruppe Gesundheitswesen. Ihre Anregungen, betreffend Schaffung eines Sportplatzes im Erziehungsheim Eggenburg, könne er nur unterstützen. Dasselbe gilt für ihren Vorschlag auf Verlegung des Durchzugslehrlingsheimes Im Werd. Auch ihm habe dieses Heim nie gefallen. Zur Frage einer anderen Unterbringung für die Mädchen aus dem Heim Klosterneuburg sei zu sagen, daß trotz verschiedener derartiger Bemühungen sich noch keine Stelle gefunden hat, die sich zur Aufnahme der Mädels bereit erkläre. Er werde jedoch versuchen auch hier Abhilfe zu schaffen. Die von GR. Platzer gegebene Zustimmung auf gemeinsame Beratungen über Krebsfragen begrüße er freudig. Besonders danken müsse er Gemeinderätin Platzer für ihre Ausführungen über den Alkoholismus. Durch die Zusammenarbeit aller Stellen müßte auf diesem Gebiet Abhilfe geschaffen werden. Zu den Ausführungen des GR. Dr. Matejka, der die Ausführungen Weinbergers als Todesurteil für die heutige Gesellschaft bezeichnet hatte, müsse er sagen, daß auch er mit vielen Zuständen unserer heutigen Gesellschaftsordnung nicht zufrieden ist. Aber wenn GR. Dr. Matejka sagt, daß seine Auffassung von einer besseren Gesellschafts- und Menschenordnung die richtige sei, müsse er dieser Meinung widersprechen. Eine Gesellschaftsordnung, die Zustände herbeiführt, wie wir sie erst in letzter Zeit in der Tschechoslowakei feststellen konnten, eine Gesellschaftsordnung, die einen Mindszenty-Prozess auf dem Gewissen hat, eine Gesell-

schaftsordnung, in der Kinder und Frauen gegen ihre Väter, bzw. Männer aussagen, eine solche Gesellschaftsordnung mit Arbeitslagern und Konzentrationslagern könne kein Beispiel oder Vorbild sein. Gerade jetzt, wo Dr. Matejka sein kleines "Ja" zur Verbesserung der Lebenshaltung in Österreich spricht, in dieser Stunde hat sein großer Genosse Gromyko sein großes "Njet" gesprochen zu Österreich und seiner Freiheit und zu all dem, was uns seit Jahren so bedrückt. Wir haben an Rußland fast genau so viel verloren, abgegeben oder abgeben müssen, als uns der Westen an Geld und anderen Hilfsmitteln gegeben hat. Es wäre leicht vieles zu tun, wenn diese Belastung endlich aus der Welt geschafft werde. Wir sind bereit für die Bevölkerung zu wirken und für die Gesundheit tätig zu sein und wir bleiben in diesem Land und in dieser Stadt auch weiterhin auf der sehr dringlichen Menschheitswache und werden weiter für das Leben und gegen den Tod arbeiten. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abänderungsanträge wurden keine gestellt. Die Ansätze wurden gegen die Stimmen des Linksblocks und der WdU angenommen. Der von GR.Dr. Matejka gestellte Antrag betreffend Schutzimpfungen wurde gegen die Stimmen der WdU der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Alle übrigen von ihm eingebrachten Anträge wurden gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt.

Die drei von GR.Dr. Eberle eingebrachten Resolutionsanträge wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zugewiesen.

- . -

Geehrte Redaktion!

=====

Nunmehr beginnen die Beratungen über die Ansätze der umfangreichen Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten. Da die Sitzung bis in die Nachtstunden dauern wird, liefern wir den Bericht erst morgen vormittag in das "Korrespondenz-Büro".

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 22. Dezember bis 4. Jänner

18. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Dienstag 23. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Wohltätigkeitskonzert
Donnerstag 25. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Wr. Gebietskrankenkassa: Weihnachtskonzert
Freitag 26. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: Sonntagnachmittagskonzert; Dirigent Dr. Gustav Koslik
	Gr.M.V.Saal 19.00	Konzert blinder Künstler
Samstag 27. Dez.	Gr.M.V.Saal 15.00	Weihnachtskonzert der "Solidarität"
	Gr.M.V.Saal 19.30	Neuer Wiener Konzertverein: Orchesterkonzert; Dirigent Etti Zimmer
Sonntag 28. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: 3.Konzert im Zyklus I "Barockmusik": Kammerorchester der Wr.KHG., Diri- gent und Solist: Jörg Demus
Dienstag 30. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: 3.Konzert im Zyklus IV "Franz Schu- bert - Franz Schmidt": Wiener Kon- zerthausquartett
Mittwoch 31. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Voraufführung des Neujahrskonzerts; Dirigent Clemens Krauss
Donnerstag 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert; Dirigent Clemens Krauss
Freitag 2. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Wilhelm Backhaus
Samstag 3. Jän.	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 4.Abonnementkonzert; Dirigent Clemens Krauss
	Gr.M.V.Saal 19.30	Neuer Wiener Konzertverein: Orchesterkonzert; Dirigent Etti Zimmer

Sonntag Gr.M.V.Saal
4. Jän. 11.00

Wiener Philharmoniker:
4. Abonnementkonzert;
Dirigent Clemens Kraus

Gr.M.V.Saal
16.00

N.Ö. Tonkünstlerorchester:
Sonntag-Nachmittagskonzert

Schweinenachmarkt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Auftrieb: 1277 Fleischschweine. Verkauft wurde alles. In der Kontumazanlage: 5 Fleischschweine.

Bei anfangs lebhaftem, später flauem Marktverkehr wurden die Hauptmarktpreise schwach behauptet.

Rindernachmarkt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Auftrieb: 7 Ochsen, 8 Stiere, 94 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 111. Marktverkehr flau. Preissenkung 50 g.

Weidner Markt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (RK) 90 Stück Rindervierteln 9 bis 16 S, 119 Kälber 15 bis 17 S, 118 Schweine 14 bis 18.50 S, 3 Schafe 8 bis 9 S, 27 Gänse 22 S.

Ein kleines Wunder

=====

18. Dezember (RK) Wenn vor etlichen Jahren - sagen wir noch vor dem ersten Weltkrieg - jemand auf die Idee gekommen wäre, mit Taubstummen ein Singspiel aufzuführen, hätte man das nicht für möglich gehalten. Seitdem sich die moderne Erziehung von schwerhörigen Kindern an Stelle der Gebärdensprache ausschließlich der Lautsprache bedient, ist auch den sprechbehinderten Menschen, vorläufig jedoch nur den ganz kleinen, das Theater keine unbekannte Freude mehr.

Den Eltern von taubstummen und schwerhörigen Kindern, die den städtischen Sonderkindergarten "Schweizer Spende" im Auerwelsbach-Park besuchen, schien es ein kleines Wunder zu sein, als sie heute nachmittag zur Aufführung eines Weihnachtsspiels eingeladen wurden, bei dem sich zum ersten Mal ihre Sprößlinge als Schauspieler vorstellten. Man sah und hörte Kinder, die vor zwei Jahren noch keine Silbe über ihre verstummen Lippen brachten, sprechen, tanzen, ja sogar singen. Tief gerührt und zugleich erschüttert lauschte das Publikum dem Märchenspiel vom Weihnachtsmann, den Zwergen und dem kleinen Mädchen, das in ihrem Bettchen vom Christbaum und schönen Spielsachen träumte. Die Bewunderung und der Dank der Zuschauer galt nach der Vorstellung der Betreuerin der Kinder, der Kindergärtnerin Giovannini und besonders Direktor Freunthaler für die unermüdliche Arbeit mit der die bei den Kindern vorhandenen Hörreste wieder brauchbar gemacht wurden. Der Zentralinspektor der städtischen Kindergärten Dr. Kothbauer sprach den beiden Erziehern für die Liebe zu ihren Kindern den wärmsten Dank aus.

Nach der Aufführung erzählte Direktor Freunthaler, der sich um den Aufbau der pädagogischen Arbeit seit dem Bestehen des Sonderkindergartens verdient gemacht hat, über seine Erfahrungen mit seinen kleinen Schülern.

Das Bauwesen der Stadt Wien
=====

StR. Thaller (SPÖ) berichtete sodann über das umfangreiche Kapitel Bauangelegenheiten. Er sagte, daß die Leistungen in seinem Ressort sich auch mit den Leistungen anderer europäischer und außereuropäischer Städte stolz messen können. Allein der Beitrag der Stadt Wien zur Vollbeschäftigung und damit zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens müßte der Gemeindeverwaltung die Anerkennung aller Wiener und Österreicher sichern. Die Beschäftigtenzahlen geben nicht annähernd ein Bild von dem Einfluß unserer Bautätigkeit auf die gesamte Wirtschaft der Stadt und des übrigen Bundesgebietes. Man wird nie genau feststellen können, wie viele hunderte Familien, deren Erhalter in der Bau- und Grundstoffindustrie tätig sind, indirekt an diesen gigantischen Leistungen partizipieren.

Die Ausgaben für das kommende Jahr betragen insgesamt 848,328.400 Schilling, das sind fast 9 Prozent mehr als heuer. Der Gesamtbauaufwand beträgt 933 Millionen Schilling, um 110 Millionen mehr als 1952 oder um 13.3 Prozent. Dies bedeutet, daß 32.6 Prozent des gesamten Budgetvolumens für Bauzwecke aufgewendet werden.

Die Verwaltungsgruppe für Bauangelegenheiten umfaßt 18 Magistratsabteilungen und ist damit die größte in der ganzen Verwaltung. Es ist nicht immer leicht, die vielen Agenden zu überblicken und aufeinander abzustimmen. Die Forschungsstelle für Wohnen und Bauen wird unter Führung ihres Leiters Prof. Schuster wertvolle Unterlagen für die Tätigkeit des Bauamtes liefern.

StR. Thaller besprach dann im einzelnen Aufgabengebiete und Tätigkeit seiner Abteilung. Im Rahmen der Magistratsabteilung 18, Stadtregulierung, wurden die Stadtplanungsarbeiten in diesem Jahr vorläufig abgeschlossen. Damit ist der erste Schritt vom sozialen Wohnungsbau zum sozialen Städtebau getan. Eine ganze Reihe von Problemen wird zu lösen sein. Eines davon ist das Kleingartenproblem. Für die Wohnbauprogramme mußten natürlich eine Reihe von prävisorischen Kleingartenanlagen aufgelassen werden. Trotzdem hat die Stadt Wien durch neu geschaffene

Dauerkleingärten 440.000 Quadratmeter zusätzliches Dauerkleingartenland geschaffen. Daneben besitzt die Stadt noch immer 1,5 Millionen Quadratmeter Erntelandflächen. Das Ernteland ist eine Kriegs- und Notstandserscheinung. Die Liquidierung dieses Problems ist daher unbedingt notwendig. Die Schwierigkeit liegt darin, wie weit die Stadtverwaltung imstande ist, die Ernteländer auf Kleingartengebiete unzusiedeln. StR.Thaller verwahrte sich energisch gegen die Eingriffe einer Besatzungsmacht und sagte, er halte es für unmöglich, daß höhere Kräfte in diese Arbeit eingreifen, daß zum Beispiel über Auftrag einer Besatzungsmacht Erntelandflächen nicht geräumt werden können, weil hier in einer Art eingegriffen wurde, die man nur als eine politische Demagogie bezeichnen könne. Es kann nicht geduldet werden, daß andere Kräfte, die in diesen Dingen wirklich nichts dazuzureden haben, hier eingreifen.

Die Abteilung für Architektur muß über die Gestaltung unseres Stadtbildes wachen. Sie ist daher manchmal genötigt, auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Sie überprüft auch die Entwürfe zahlreicher für die Gemeinde arbeitender Zivilarchitekten und muß selbst Pläne für Gemeindebauten entwerfen. Besonderes Augenmerk wendet die Gemeinde den bildenden Künstlern zu. Seit längerem wird ein Prozent der Baukosten für die künstlerische Ausschmückung von Wohnhausbauten bereitgestellt. Seit kurzem werden auch von allen interessanten Baustellen Zeichnungen angefertigt; **damit ist den Künstlern ein neues Betätigungsfeld erschlossen.**

Die Baustoffbeschaffung hat einen großen Kredit zu verwalten, der von der Finanzabteilung gegeben wird. Die Abteilung beschafft die Baustoffe für alle Bauvorhaben der Gemeinde. Es gibt keine besonderen Beschaffungsschwierigkeiten mehr, doch ist eine Lagerhaltung noch erforderlich. Der Referent erwähnt in diesem Zusammenhang, daß er im Laufe des Jahres mehrmals mit der "freien Wirtschaft", wie man sie allerdings nicht wünscht, Bekanntschaft gemacht hat. Kartellähnliche Preisabsprachen konnten aber durch das Dazwischentreten des Bauamtes verhindert werden. StR.Thaller sagte, er habe sich fest vorgenommen, Firmen, die Preise künstlich hochhalten, von jeder Auftragsvergebung auszuschließen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Kosten für die von dieser Abteilung beschafften Baustoffe betragen im Jahre 1952 185 Millionen Schilling.

Die Abteilung für Nutzbauten führt vor allem Bauarbeiten für andere Abteilung durch. Der Referent hob hervor, daß im Jahre 1952 fünf neue Kindergärten errichtet wurden, einer wiederaufgebaut und vier in zweckfremden Räumen neu errichtet wurden. Zwei Kindergärten und eine Erweiterung sind im Bau und vier neue geplant. Ferner sind sechs neue Schulen und ein Pavillon gebaut worden, neun wurden wiederaufgebaut, drei befinden sich im Bau. Für 1953 geplant sind zwei Neubauten, ein Pavillon und ein Turnsaal. Schließlich arbeitet diese Abteilung für die Approvisionierungsanlagen in St. Marx und auf den Märkten, baute Betriebsgebäude für die Straßenpflege und arbeitete am Aufbau der Gumpoldskirchner Weinbauschule. Die äußere Kuppel der Luegerkirche ist bereits fertig, mit dem Neubau des Theresienbades wurde begonnen. Unter den Projekten für 1953 erwähnte Stadtrat Thaller den Baubeginn der Sporthalle und Bauarbeiten auf der Hauptfeuerwache.

Eine der wichtigsten Abteilung des B u amtes ist die für den Wohnbau. Für 1953 sind 480,690.600 Schilling vorgesehen, davon für Wohnhausneubauten 463,000.000. Im Wohnbauprogramm 1953 werden 5.000 Normalwohnungen, 1.000 Kleinwohnungen und 450 Mansardenwohnungen errichtet. Stadtrat Thaller berichtete dabei über interessante Feststellungen, die bei einer privaten Untersuchung einer Gruppe von Stadtplanern gemacht wurden. Dabei wurden 650 Wohnungen untersucht. Nach diesem Schlüssel wären für ganz Wien noch 42.000 Wohnungen zur Behebung des dringendsten Wohnungsbedarfes nötig. Der Referent zog daraus den Schluß, wenn die Gemeinde im Stande ist, den sozialen Wohnhausbau weiter fortzusetzen, kann also die Zeit abgesehen werden, in der in Wien wirklich die ärgste Wohnungsnot überwunden sein wird und man daran gehen kann, das Stadtbild zu ändern.

Die Wohnungen werden auch im kommenden Jahr so wie für das Bauprogramm 1952 ausgestattet sein, und zwar ein Waschraum mit Brausenische, ein Durchlauferhitzer und Waschküchen im Keller mit Waschmaschine, Zentrifuge und Trockenboden.

StR.Thaller bezeichnete den Baufortschritt im heurigen Jahr als sehr gut. Das Bauprogramm umfaßt 6.953 Wohnungen, tatsächlich begonnen wurden sogar 8.566 Wohnungen, also um 1.613 Wohnungen mehr als versprochen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Insgesamt wurden nach dem Kriege 25.885 Wohnungen begonnen, von denen bis 13. Dezember 16.440 Wohnungen fertiggestellt waren. Im Bau befinden sich 9.445 Wohnungen. Damit wurde nicht nur der Rest der Baureserve, sondern auch namhafte Zuschußkredite aufgebraucht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Für die Förderung des genossenschaftlichen Baues sind im Jahre 1953 30 Millionen eingesetzt, um 5 Millionen mehr als heuer.

Die Abteilung für Bauförderung hat im abgelaufenen Jahr 20 Millionen für Ersatzausführungen aufgewendet, und auch für 1953 sind wieder 15 Millionen vorgesehen. Insgesamt wurden bis jetzt 90 Millionen genehmigt. Ersatzausführungen bei Kriegsschäden wurden nicht mehr durchgeführt, weil die Gemeinde auf dem Standpunkt steht, daß es Angelegenheit des Bundes ist. Minister Dr. Kolb hat seinerzeit versprochen, diese Ersatzausführungen durch den Bundes-Wohn- und Siedlungsfond vorzunehmen, diese Zusage wird aber nicht mehr eingehalten. Leider stellt sich auch das Finanzministerium auf den Standpunkt, daß es für die in seiner Verwaltung stehenden Häuser des sogenannten deutschen Eigentums nur zustellungsbevollmächtigt aber nicht durchführungsberechtigt ist, durch welche Praxis in den letzten Jahren Millionenwerte verlorengegangen sind. Dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wurden von der Gemeinde Wien 564 Ansuchen über rund 250 Millionen Schilling eingereicht, von denen 508 mit 162,5 Millionen genehmigt sind; 427 Objekte sind fertiggestellt, 81 in Bau.

In der Erhaltung der Abteilung Gebäudeerhaltung stehen neben 111 Amtshäusern noch 1.836 Objekte, darunter 42 Büchereien, 362 Denkmäler, Kapellen und gemeindeeigene Kirchen, 86 Spiel-, Sport- und Eislaufplätze, 150 Kindergärten und Horte, 79 Mutterberatungsstellen, 22 Krankenhäuser usw.; der Flüchtlingsfürsorgedienen 21 Objekte. 1953 ist die Fertigstellung der Pavillons D und G des Franz Josef-Spitals und der Schwesternschule des Wilhelminenspitals vorgesehen.

Im Zuge der Kriegsschädenbehebung an gemeindeeigenen Häusern wurden 845 zum Teil beschädigte Wohnungen fertiggestellt, während 634 im Bau sind. Von den total zerstörten Wohnungen wurden 774 wiederaufgebaut, 726 befinden sich im Bau. Als Winterarbeit wurde mit dem Einbau von 426 Mansardenwohnungen begonnen. Die Erhaltung und Instandsetzung an städtischen Wohnhäusern wird 1953 wieder verstärkt durchgeführt.

Für den Straßenbau stehen 65 Millionen, 9 Millionen mehr als 1952, zur Verfügung, davon 25 Millionen für Erhaltungen und 35 Millionen für Straßenbauten. 16 Millionen sind für Umbauten an Großverkehrsstraßen - darunter Franz Josefs-Kai von Aspernplatz bis Morzinplatz, Kreuzung Landesgerichtstraße - Alser Straße, äußere Mariahilfer Straße, usw. - vorgesehen, für Umbauten von Hauptstraßen 1,700.000 S, beispielsweise auf der Freyung, von der Kärntnerstraße bis Schwarzenbergplatz, usw. Im abgelaufenen Jahr wurden 195 km Straßen und 73 km Gehwege zum Teil unter Anwendung neuer Straßenbaumethoden instandgesetzt, umgebaut oder neu gebaut.

Stadtrat Thaller bittet in dem Zusammenhang die Wiener Öffentlichkeit und Presse, nicht jede Kleinigkeit, die auf den Straßen geschieht, zu kritisieren. Es müssen manchmal Unbequemlichkeiten hingenommen werden, um Gelder zu ersparen. Und wenn bei einem Straßenbau nicht gleichzeitig der Bahnkörper erneuert wird, wie zum Beispiel auf dem Ring, ist das auf Geldmangel zurückzuführen, doch kostet die spätere Erneuerung deswegen nicht mehr, weil das völlig isoliert gebaut wird. Darüber hinaus wäre es für die Bevölkerung noch unbequemer, wenn beides gleichzeitig gemacht wird.

Von den 136 ganz oder teilweise kriegszerstörten Brücken wurden 94 definitiv und 38 provisorisch wieder instandgesetzt. Insgesamt wurden einschließlich der Kriegsschädenbehebung **218** Brückenbauten durchgeführt. Die Arbeiten an der Malinowskijbrücke, wo wegen der Gefahr bei Nachtarbeit der Einsatz einer zweiten Schicht nicht möglich ist, werden fortgesetzt.

Für den Bau der Marienbrücke ist im nächsten Jahr ein Betrag von 6 Millionen Schilling als dritte Rate eingesetzt. Die Brücke wird bis auf kleinere Arbeiten voraussichtlich im nächsten Jahr fertiggestellt werden. Dies ist die erste Stahlbetonbrücke

in Wien. Im Budget 1953 ist auch eine erste Rate von 1 Million Schilling für den Neubau der Rotundenbrücke enthalten.

Für Kanalisation sind 38 Millionen präliminiert. Größere Kanalbauten sind in der Tolbuchinstraße, in der Siedlung Neustrassböcker, bei den Siebenhirtner Sammler und den rechten Liesingtalsammler vorgesehen. Im Jahre 1952 wurden 10.458 Meter Kanäle neugebaut, 1.272 Meter umgebaut und 1.160 Meter instand gesetzt. Leider waren bei den Kanalarbeiten zwei durch die Weil'sche Krankheit verursachte Todesfälle zu beklagen, doch wurde alles veranlaßt, um die Kanalarbeiter vor dieser Krankheit zu schützen.

Die Wasserwerke budgetieren mit 90 Millionen. Der Wasserverbrauch der Wiener Bevölkerung ist in den letzten drei Jahren mit 130 Millionen Kubikmetern ziemlich stabil geblieben. Der Maximalverbrauch pro Kopf der Bevölkerung und pro Tag betrug 296, der Minimalverbrauch 160, der Durchschnitt 214 Liter.

Die öffentliche Beleuchtung hat ein ordentliches Budget von 13,3 Millionen Schilling und ein außerordentliches Budget von 3,4 Millionen Schilling. Im Jahre 1952 konnte die öffentliche Beleuchtung um 5.900 elektrische Lichtpunkte und um 490 Gaslichtpunkte auf insgesamt 49.591 elektrische und 5.450 Gaslichtpunkte erweitert werden. Friedensmäßig beleuchtet sind bereits die Bezirke 1, 3 bis 10, 16 bis 18, Teile des 2., 14., 15. und 20. Bezirkes sowie die Hauptverkehrsstraße aller übrigen Bezirke. Es wurden neue Kandelabertypen für Leuchtstoffröhren auf dem Neubaugürtel installiert, neue Holzmastausleger im 11. Bezirk und eine neuartige Aufhängung der Beleuchtungskörper über den Straßenbahnfahrdrähten in der Wagriner Straße werden erprobt.

Die öffentlichen Gärten weisen ein Budget von 30,5 Millionen auf, wovon allerdings 20,3 Millionen infolge der hohen Lohnintensität für Personalbezüge und soziale Aufwendungen wegfallen. Von dieser Magistratsabteilung sind u.a. zu betreuen: 894 öffentliche Gartenanlagen mit rund 10,5 Millionen Quadratmetern, 463 Wohnhausgärten mit fast 1 Million Quadratmetern, 75 Anlagen in Kindergärten, 442 Schulgärten, Lagerwiesen, Jugendspielplätze, Gärtnereibetriebe, Baumschulen sowie 148.800 Bäume in 1.660 Straßen mit einer Länge von 910 Kilometern.

In den Gartenanlagen stehen rund 63.000 Sitzgelegenheiten zur Verfügung. Von der Gemeinde Wien wurde die Aktion "Grüne Front - Pflanzte Bäume!" unterstützt sowie die Aktion "Wien im Blumenschmuck" durchgeführt.

Die Städtischen Bäder haben ein Präliminare von 35,7 Millionen. Im Betrieb sind 67 Badeanstalten, davon 14 Sommerbäder und 25 Kinderfreibäder. Neu in Betrieb genommen wurden die Kinderfreibäder Hyblerpark, Pezzlpark und Kardinal Nagl-Platz. Mit dem Bau des Theresienbades wurde begonnen. Die Besucherzahl der Städtischen Bäder betrug im Jahre 1952 8.391.400, davon in den Warmbädern 6,1 Millionen, in den Sommerbädern 1,5 und in den Kinderfreibädern 0,74 Millionen.

Bei den Arbeiten dieser Verwaltungsgruppe war das ganze Jahr über ein ziemlich gleicher Beschäftigtenstand. Es wurde versucht, eine Beschäftigungsspitze im Sommer und ein Absinken im Winter zu vermeiden. Der Höchststand der Beschäftigten wurde mit 18.815 Arbeitern erst im Oktober 1952 erreicht. Der Durchschnitt dieses Jahres betrug über 15.000. Es wurden alle Anstrengungen unternommen, um eine Linderung der Saisonarbeitslosigkeit im Baugewerbe zu erreichen. Da die Bundesdienststellen bis jetzt zu einer Mitarbeit nicht zu bewegen waren, sind in Wien im vergangenen und auch in diesem Winter fast nur Gemeindeleistungen zur Bekämpfung der Saisonarbeitslosigkeit erbracht worden. Wie im Vorjahr wurde auch heuer ein eigenes Winterbauprogramm aufgestellt, das voraussichtlich gegen 140 Millionen Schilling erfordern wird. Dadurch können zusätzlich vom 1. Dezember 1952 bis 31. März 1953 monatlich um durchschnittlich 9.000 Arbeiter mehr beschäftigt werden. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr um ca. 1.500 Arbeiter pro Monat mehr. Es ist zu hoffen, daß auf den Baustellen der Gemeinde Wien den ganzen Winter über 12.000 bis 13.000 Arbeiter beschäftigt werden können.

Die große Arbeit dieser Verwaltungsgruppe konnte, wie Stadtrat Thaller hervorhebt, nur durch die verständnisvolle und aufopfernde Mitarbeit aller Bediensteten und aller Arbeiter und Angestellten der Privatfirmen geleistet werden.

Er schließt unter dem allgemeinen Beifall der Gemeinderäte mit dem Dank an seine Mitarbeiter, an die Mitglieder des Bauausschusses, der Bauoberbehörde und des Fachbeirates für die Stadtplanung sowie an die freischaffenden Architekten, Firmen, Arbeiter und Angestellten. Er gedenkt insbesondere der bei Bauarbeiten an der Aspernbrücke in diesen Jahre tödlich verunglückten zwei Arbeiter und empfiehlt die Ansätze seiner Geschäftsgruppe zur Annahme.

Die Debatte über das Bauwesen

GR.Dipl.Ing.Haider (WdU) begrüßt die Steigerung der Bautätigkeit, regt jedoch eine rationellere Bauweise an. Es wurden vom Kontrollamt 58 Rationalisierungsvorschläge eingebracht, die berücksichtigt werden sollten. Der Redner bittet Stadtrat Thaller um Aufklärung zur den Ansatzüberschreitungen. Einzelne Baufirmen stellen niedere Angebote und verrechnen dann hohe Kosten. Er regt an, Radfahr- und Wanderwege zu schaffen, wie diese auch im Ausland üblich sind. Die Motorisierung verdränge nicht nur die Fußgänger sondern auch jedes andere Fahrzeug. Die Schaffung derartiger Wege würde auch die Unfallstatistik günstig beeinflussen. Der Redner spricht sodann von der Vernachlässigung des Ufers des Kierlingbaches, die sich besonders bei Hochwasser sehr ungünstig auswirkt. Die Ablagerung von Mist und die Rattenbedeute eine sanitäre Gefahr. Die Grundeigentümer dieses Gebietes plagen/haben bereits vor zwei Jahren ein Ersuchen mit der Bitte um Abhilfe an die Magistratsabteilung 29 gerichtet, das jedoch bis heute nicht beantwortet wurde. Auch eine Anfrage an die Magistratsabteilung 28 wegen Vernachlässigung öffentlicher Wege blieb unbeantwortet. GR.Dipl.Ing.Haider weist auf die Notwendigkeit einer besseren Beleuchtung der Heiligenstädter Straße hin, die ja eine Einfallstraße für den Fernverkehr ist. Seine Fraktion erwarte von den hohen Ansätzen für diese Gruppe, daß sie tatsächlich die Arbeitslosigkeit vermindern und eine Linderung der Wohnungsnot bringen. Aus diesen Gründen stimme seine Fraktion für die Ansätze.

GR. Maller (LBl.) bezeichnet die Bautätigkeit als zu gering und ihr Tempo zu langsam. Hat es im Jahre 1948 34.298 dringliche Wohnungsfälle gegeben, so betragen diese im Jahre 1952 bereits 55.000. Und das sind jene Fälle, denen sogar das Wohnungsamt die Dringlichkeit zuspreche. Diesen Zahlen stehen 16.440 seit 1945 gebaute Gemeindewohnungen gegenüber. Das aufgestellte Wohnbauprogramm sei also nicht geeignet die Wohnungsnot zu beseitigen. Der Redner weist auch auf die große Zahl der durch die Baupolizei angeordneten Zwangsdelogierungen hin und auf die hunderte anderen Delogierungsfälle. Durch rechtzeitige Ersatzvornahmen könnte jedoch oftmals das Einstürzen von Decken und Mauern verhindert werden. Der Redner stellt einen Antrag, der verlangt, daß Ersatzvornahmen rechtzeitig und in großzügiger Weise durchgeführt werden müßten und für die Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel vorzusorgen ist. Hierdurch könnten viele Wohnungen in ihrem Bestande gesichert werden. Bedauerlich sei auch die Tatsache, daß 20 Prozent aller in Wien gebauten Gemeindewohnungen Einzelräume sind, 35 Prozent Zimmer und Wohnküche, 20 Prozent Zimmer, Wohnküche, Kabinett, 15 Prozent 2 Zimmer, Küche, Kabinett und nur 10 Prozent 2 Zimmer, 2 Kammern und Küche. Der Redner stellt Vergleiche mit Bauten der Volksdemokratien an, die über mehr und weitaus größere Wohnräume verfügen. Es sieht sehr schön aus, sagte der Redner, wenn in den Zeitungen über die Grundsteinlegung zur 25.000. Gemeindewohnung geschrieben wird. Aber in Wirklichkeit mußte Stadtrat Thaller selbst zugeben, daß erst 16.000 Wohnungen fertiggestellt sind. Der soziale Wohnhausbau ist eben nicht allein eine Angelegenheit des Stadtbauamtes. Hier müssen entscheidende politische Grundlagen geschaffen werden. Der Staat und die öffentliche Hand seien verpflichtet, für menschenwürdige Wohnungen zu sorgen. Wir müssen darangehen, die Elendsquartiere und die Obdachlosenasylo endgültig aus der Stadt zu bannen. Man muß einen Plan aufstellen, der jeder Familie die eigene Wohnung sichert. In Wien fehlen derzeit 75.000 Wohnungen, das ist die Folge der falschen Wohnungspolitik. Die Wiener haben aber ein Recht darauf zu erfahren, wann jeder Wohnungssuchende eine Wohnung bekommen kann. Die Kommunistische Partei habe schon 1947 einen Weg gezeigt, der jedoch abgelehnt wurde.

GR.Maller sprach dann über die Ernteländler. Die Gemeinde Wien, so sagte er, plane einen großen Angriff gegen diese Menschen und bedenkt nicht, wieviel Arbeit die Leute für diesen Boden geleistet haben. Der Redner verlangt ferner, daß sich die Gemeinde auch um die Straßen und Gehsteige in den Außenbezirken kümmert, und richtet noch einige andere Detailwünsche an Stadtrat Thaller, darunter die gärtnerische Ausgestaltung des Morzin-Platzes.

Abschließend sagt GR.Maller mit Bezug auf die Rede von GR.Marek in der Generaldebatte, in der dieser auch über den Terror gesprochen hat, daß viele, die den Friedensaufruf unterschrieben haben, aus Angst vor Repressalien baten, ihre Namen nicht zu veröffentlichen. Dies wolle er, bemerkte der Redner, zum Abschluß sagen.

GR.Dr.Prutscher (ÖVP) wirft die Frage auf, ob in Wien tatsächlich die allgemein gültige Form des sozialen Wohnhausbaues gehandhabt wird, und kommt in einem Vergleich mit andern Ländern zu dem Schluß, daß nicht alle verfügbaren Mitteln eingesetzt werden. Man unterläßt es, dem einzelnen helfend und beratend zur Seite zu stehen, die öffentliche Hand unterläßt es, mit den einzelnen zusammenzuarbeiten, man strebt de facto ein Baumonopol an, man muß die Überzeugung gewinnen, daß die Baudirektion nicht planen kann, wenn sie nicht auch die Grundstücke in Eigentum hat. Wenn man sich freut, daß die Eingaben lange dauern und zum Schluß mit Befriedigung feststellt, daß nur ein verschwindender Teil der Bevölkerung die Mittel aufgebracht hat, um selbst bauen zu können, dann haben wir in Wien nur eine Sparze des sozialen Wohnungsbaues als gut und allein richtig hingestellt.

Wir müssen aber trachten, alle Mittel einzusetzen, um mehr erreichen zu können, wir müßten daher auch jene heranziehen, die Eigentum schaffen wollen. Jene, die Eigentum schaffen, entlasten durch den Ankauf des Grundes die öffentliche Hand, denn auch die Gemeinde muß den Grund erwerben. Sie stärken durch Rückzahlungen die Mittel des Fonds und leisten einen Beitrag zur Verwaltungsreform, weil sie die Verwaltung dieser Häuser in eigenen Wirkungsbereich vornehmen.

Wir könnten bedeutend mehr Mittel flüssig machen, wenn wir den sozialen Wohnungsbau nach dem Einkommen, also wirklich sozial, staffeln würden. Der soziale Wohnungsbau ist bestimmt unendlich reicher als die eine Spielart, die wir heute hier kennen. Wir dürfen nicht nur die Form von anno dazumal anwenden, sondern müssen alle Möglichkeiten ausnützen. Man ist deshalb auf das Wohnungseigentum so böse, weil man gehofft hat, daß die Gründe bei Totalschäden der öffentlichen Hand zufallen werden. Und wenn davon gesprochen wurde, daß die Eigentumsbauten die Grundstücksspekulation begünstigen, dann muß erwidert werden, daß man bei einer Erhöhung auf das Zweieinhalbfache bei einem Lohnindex von 6 von Spekulation nicht sprechen kann.

Die Schaffung neuer Möglichkeiten ist auch aus einem anderen Grund notwendig. In letzter Zeit konnte man wiederholt den Satz lesen: Im Mittelpunkt aller Planung steht der Mensch. Dieser Satz kann hundertprozentig unterschrieben werden, wenn damit anerkannt wird, daß auf alle Bedürfnisse des Menschen Rücksicht genommen wird. Dieser Satz kann aber zur furchtbaren Gefahr werden, wenn man den Menschen als Objekt in den Mittelpunkt dieser Planung stellt. Wenn wir alles selber machen wollen, stehen wir vor der Gefahr, die Pläne unserer Mitbürger nicht mehr zur Kenntnis nehmen zu wollen. Wenn man alle wirtschaftliche Macht in einer Hand konzentriert, wenn wirtschaftliche Demokratie praktisch nicht mehr möglich ist - was bleibt da für eine politische Demokratie übrig? Stehen wir da nicht vor der Gefahr, sozusagen nur mehr Vormund unserer Mitbürger zu sein, vor der Gefahr, daß der Apparat so groß wird, daß es gar nicht mehr möglich ist, den einzelnen Menschen zu sehen? Wir können in jeder Sparte etwas tun, müssen uns aber darüber klar sein, wie weit wir gehen dürfen. Die öffentliche Hand befaßt sich einerseits mit sehr vielen Aufgaben, bei denen sie die Initiative des einzelnen fördern könnte, und versäumt es auf der anderen Seite, sich mit Aufgaben zu befassen, für die der einzelne zu schwach ist und die typische Aufgaben der öffentlichen Hand sind.

Der Redner kritisiert den Mangel einer großzügigen Planung, die nicht zustandekomme, weil die Gemeinde zu viele Aufgaben an sich ziehe. Er bringt zwei Anträge seiner Fraktion ein, betreffend die Sanierung der Trinkwasserverhältnisse in Breitenlee und betreffend Instandsetzung der Ortsstraße von Unter-Laa nach Ober-Laa und Schwechat.

Die gleiche Sterilität wie im Technischen zeigt sich in der Gemeinde auch bei verschiedenen finanziellen Problemen. Wer alle Aufgaben ganz allein machen will, repräsentiert dann lediglich ein großes Machtstreben und tut manches, was nicht recht ist, nur um sich an der Macht zu halten. Dieser Weg der Machtanhäufung führt aber schließlich zur Verpolitisierung und Parteipolitik.

Der Redner bemängelt, daß Angestellten der WIBEBA anlässlich einer Lohnauszahlung eine schriftliche Verständigung mit der Aufforderung übergeben wurde, wöchentlich eine Spende von drei Schilling für den sozialistischen Wahlfonds zu geben. Auch gegen die Verpolitisierung bei Eröffnungsfeierlichkeiten bei Wohnhausbauten müsse Protest eingelegt werden.

Bei den Bauten könne man nicht von einer ordnungsmäßigen Vergabung sprechen, da die Aufträge in manchen Fällen an Unternehmen mit einem um 30 bis 40 Prozent über dem Bestanbot liegenden Offert vergeben werden.

Die Behauptung, daß die Gemeinde Wien am billigsten baut, sei, wie Dr. Prutscher an einem umfangreichen Zahlenmaterial dartut, nicht richtig. Die Gemeinde Wien ist, wie er betont, keineswegs in der Lage, billiger als verschiedene Private zu bauen.

Mit den Baukosten hängt die Frage der Überschreitungen eng zusammen. Eine genaue Aufschlüsselung dieser Überschreitungen wurde dem Ausschuß bisher noch nicht übergeben, und es drängt sich die Vermutung auf, daß Vergabungen an Bieter mit Unteranboten erfolgten und die Differenz dann durch eine Nachverrechnung eingehoben wurde. Redner bringt im Zusammenhang damit einen Antrag ein. Ferner möchte er Auskunft über die Anzahl der bei den einzelnen Abteilungen der Gemeinde Wien beschäftigten Professionisten (Hausarbeiter) und über das Inventar der Maschinen, die bei den einzelnen Abteilungen für gewerbliche Leistungen zur Verfügung stehen.

Zusammenfassend erklärt er: Wir sind absolut der Meinung, daß die öffentliche Hand sehr große Aufgaben hat, meinen aber auch, daß es ohne gesunde Einzelwirtschaften weder eine gesunde Gemeinde noch einen gesunden Staat gibt. Die Einzelwirtschaften sind aber nur dann gesund, wenn sie auf eigenen Füßen zu stehen vermögen. Wir sagen zu dem sozialen Wohnbau mit allen seinen Möglichkeiten Ja, aber wir sagen Nein zur Verbürokratisierung und Verpolitisierung des Arbeitsplatzes und der täglich Bedürfnisse unserer Bevölkerung. Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Planung, aber nicht als ihr bevormundetes Objekt, sondern als derjenige, der im Rahmen des großen Ganzen auch seinen eigenen Plan verwirklichen kann.

Zum Schlusse dankt Dr. Prutscher allen Funktionären, Arbeitern und Beamten, die im Rahmen dieser Verwaltungsgruppe an der Lösung der Aufgaben mitwirken. Nicht zuletzt dankt er aber dem allzu unbekanntem Steuerzahler dieser Stadt, der es mit seinem Fleiß, seiner Arbeit und Geduld möglich macht, daß die Gemeinde Wien ihre Aufgaben erfüllen kann. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.) Die Fraktion der ÖVP werde dem Budget dieser Verwaltungsgruppe zustimmen.

GR. Helene Potetz (SPÖ) spricht von dem Wohnungselend der Jahre nach dem ersten Weltkrieg. Auch damals haben die Sozialisten den Bau von 25.000 Wohnungen beschlossen. Es wurden aber 65.000 gebaut und es wären mehr geworden, wenn die Opposition dieser Stadt diesen Fortschritt nicht gewaltsam gestoppt hätte. Der Bürgermeister habe vor einigen Tagen die Grundsteinlegung zur 25.000sten Wohnung gelegt; dazu ist zu sagen, wenn auch die anderen Parteien spotten und lachen, es wird nicht bei den 25.000 Wohnungen bleiben, es werden 50.000 und 100.000 werden. (Beifall bei der SPÖ.) Der Grund warum ihre Fraktion so sehr für den Wohnungsbau eintrete sei darin zu sehen, daß sie alle in ihrer Kindheit in schlechtesten Wohnungsverhältnissen lebten und dieses Schicksal der kommenden Generation erspart bleiben soll. Und deshalb darf nicht ein Groschen der Steuergelder in Quellen fließen, die von anderer Seite gespeist werden können. (Abermals Beifall bei der SPÖ.) Die Rednerin bezeichnet es als merkwürdig, daß von einzelnen Rednern das Bauen anderer Länder so sehr hervorgehoben werde. GR.Dr. Matejka könne sie nur ent-

gegenen, daß in die von ihm erwähnten russischen Großwohnungen in jedes Zimmer eine Familie eingewiesen werde, die Bad und Küche gemeinsam benützen müsse. Auch in Moskau ist die Wohnungsnot groß. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß in Wien nicht nur Wohnungen gebaut werden, sondern es sind auch seit 1945 37 Brücken neugebaut oder instandgesetzt worden, 6 Millionen Quadratmeter Straßendecke wurden erneuert und gebaut, 40 km Siedlungsstraße wurden geschaffen, die Liesingbachregulierung wird bis zu ihrer endgültigen Fertigstellung 80 Millionen Schilling kosten, der Alserbach hat 10 Millionen gekostet. Es besteht auch die Absicht, mit dem Bau eines Wasserleitungsspeichers zu beginnen, der 500.000 m³ Wasser beinhalten wird. Im nächsten Jahr wird mit dem Bau der Sporthalle am Vogelweidplatz begonnen. Der Einbau von Mansardenwohnungen hat sich als besonders wertvoll erwiesen, außerdem wird dadurch zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit beigetragen. Im Jahre 1945 standen uns 18 Kindergärten zur Verfügung, jetzt sind es 154. Die Bäder wurden bis auf das Theresienbad, das mit den modernsten technischen Errungenschaften ausgestattet werden soll, instandgesetzt. Auch an die Ausgestaltung der Parkanlagen, der Plätze und Höfe in neuen Gemeindebauten müsse erinnert werden. Eine Bitte hätte sie jedoch an Stadtrat Thaller. Man möge über dem sozialen Wohnhausbau nicht den sozialen Wohnungsbau vergessen. Auch die Mieter in den alten Gemeindebauten wären dankbar, wenn ihre Küchen mit modernen Doppelabwaschen ausgestattet und dort wo keine Zentralwaschküchen bestehen, moderne Waschküchen eingerichtet würden.

Die Rednerin erinnert sodann an die vor zwei Jahren von den sozialistischen Frauen in Wien geschaffene Ausstellung "Die Frau und ihre Wohnung". Die Ausstellung hatte einen beispiellosen Erfolg, außerdem hat sie Pionierarbeit auf dem Gebiete der Möbelkultur geleistet. (Beifall bei der SPÖ.)

Daß dies so ist, beweist die Tatsache, daß die Arbeiterkammer gemeinsam mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und dem Österreichischen Produktivitätszentrum eine Ausstellung "Soziale Wohnkultur" eröffnet hat. Der Bürgermeister hat bei der Eröffnung dieser Ausstellung die berechnete Frage aufgeworfen, was die Menschen mit den Wohnungen machen, die ihnen die Gemeinde Wien zur Verfügung stellt. Sie rufe nun an, wenn die Gemeinde Wien schon so weit ist, komfortable Wohnungen zur Verfügung zu stellen, solle sie auch einen Schritt weiter gehen und durch Kreditgewährung den jungen Leuten Gelegenheit geben, sich diese Möbel anzuschaffen. Es gibt solche Kreditstellen schon lange in Ausland, besonders in den skandinavischen Staaten.

In übrigen, schloß die Rednerin, gibt unsere Fraktion selbstverständlich die Zustimmung zu den Anträgen des Referenten. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadttrat Thaller behandelt in seinem Schlußwort die einzelnen Einwendungen der Debattenredner. Was das rationellere Bauen anlangt, muß dazu gesagt werden, daß sich die Bauordnung für Wien von den deutschen Bauordnungen zum Beispiel unterscheidet. Dort ist manches erlaubt, was in Wien verboten ist. Das Ergebnis war auch, daß bei den Bombenangriffen die Häuser in Deutschland viel schneller zusammengefallen sind. Zu den Bemerkungen über die angebliche Kritik des Kontrollamtes sagt der Stadttrat, daß diese nur Vorschläge und Anregungen waren.

Radfahr- und Wanderwege legt die Stadt Wien selbstverständlich an, aber in der Innenstadt ist das natürlich nicht möglich. Der Kierlingbach ist noch nicht reguliert, doch kann man oben nicht alles auf einmal machen.

Auf der Heiligenstädter Straße wird die halbnächtliche Beleuchtung in diesen Tagen eingeschaltet. Der 14. Bezirk ist schon fast zur Gänze halbnächtlich beleuchtet. Es fehlen nur einige hundert Lichtstellen, die mit der Schaltung des 12. Bezirkes zusammenhängen.

Es ist selbstverständlich, daß die Gemeinde nicht nur die Ausfallstraßen und großen Verkehrsstraßen in Ordnung hält sondern auch die Straßen in den Arbeiter- und Wohnvierteln. Aber auch hier können wir nicht alles auf einmal machen.

Stadtrat Thaller stellt ferner zu den Ausführungen des Linksblock-Redners über den Wohnungsbau fest, daß tatsächlich nur 515 Wohnungen geräumt werden mußten. Obdachlose hatte es, wie Bürgermeister Jonas schon einmal gesagt hat, in einer Großstadt immer gegeben. Vor dem Krieg waren es 800 Obdachlose im Durchschnitt, wir haben heute etwa 3.000 bis 3.500; aber im Krieg sind eben 17.000 Wohnungen verlorengegangen. GR. Maller möge auch bedenken, daß nicht nur die Gemeinde Wien Wohnungen baut. Heuer wurden von den Genossenschaften und privat 1.530 Wohnungen errichtet. Neben den 16.000 von der Stadtverwaltung neu gebauten Wohnungen wurden bisher in ganz Wien 11.000 Wohnungen wieder aufgebaut.

GR. Maller hat auch auf den Wohnungsbau in Moskau hingewiesen. Seine gezeigten Bilder stammen aber nicht von dort sondern aus Ost-Berlin, und auf den Plänen sind leider nur die Fassaden gezeichnet und keine technischen Details angegeben. In Moskau hat man sich schon 1937 vorgenommen, die Stadt umzubauen. Man hat gesagt, in 25 Jahren wird der Umbau beendet sein, war also viel bescheidener als die Herren vom Linksblock hier. Beim Umbau ist auch so manches Unglück passiert, so mußte der Palast der Sowjets abgetragen werden, weil der Grund in Moskau die Stahl- und Betonmassen nicht ertragen konnte. Man kann eben auch in Moskau nur so viel bauen, wie der Grund trägt. (GR. Nora Hiltl, ÖVP: Hoffentlich hat der Grund ein Geständnis abgelegt! Heiterkeit). Stadtrat Thaller teilte den Kommunisten auch mit, daß der Präsident der Akademie der UdSSR und der Stadtbauinspektor von Warschau in den nächsten Tagen zu ihm kommen werden. Er werde den Herren Wien zeigen und dann werde man ja hören, ob hier wirklich so schlecht gebaut werde. (Beifall bei den Sozialisten.) Wenn wir den Menschen das Gruseln vor der Volksdemokratie lehren, wie Sie gesagt haben, fuhr der Referent zu den Kommunisten gewendet fort, dann schwindeln Sie den Menschen die Fata Morgana eines Paradieses in den Volksdemokratien vor. Und das wird einmal ein anderes Erwachen sein!

Auf die Ausführungen des GR.Dr.Prutscher eingehend, erklärt sich StR.Thaller absolut damit einverstanden, daß auch bei uns alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit auch andere als nur die Gemeinde oder die öffentlichen Körperschaften bauen. Worauf es beim sozialen Wohnungsbau ankommt, ist die Zinshöhe. Wir sind auch der Auffassung, daß das genossenschaftliche Bauen gefördert werden soll. Bisher hatte der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zuwenig Mittel, wir haben aber unseren Anspruch in dem Moment angemeldet, in dem ihm ein größerer Betrag zur Verfügung stand, und von dem Augenblick an das genossenschaftliche Bauen gefördert. Wir sind auch keineswegs gegen den Eigenheimbau und wir haben bei der Schaffung des Wiederaufbau-fonds-Gesetzes keinerlei Hintergedanken gehabt, müssen aber feststellen, daß die Österreichische Volkspartei einen Hintergedanken hatte und ein Junktim mit dem Wohnungseigentumsgesetz aufstellte. Wir wollten nicht nur dem Mieter die Wohnung zurückgeben, die er verloren hat, sondern auch dem Hauseigentümer das zerstörte Eigentum.

Zu den Ausführungen des GR.Dr.Prutscher über die verschiedenen Baukosten ist festzustellen, daß um mindestens ein Drittel mehr Wohnungen dem Wohnungsmarkt hätten zur Verfügung gestellt werden können, wenn man die Teilschäden behoben und nicht die Totalschäden vorgezogen hätte. Es sind rein parteipolitische Gründe, die die Volkspartei veranlaßt haben, die Frage des Wohnungseigentums in den Vordergrund zu schieben.

Zu den Benäuelungen bezüglich der Arbeitsvergebung stellt StR.Thaller fest, daß Unterangebote sehr genau geprüft und tatsächliche Unterangebote abgelehnt werden. Allerdings wird im allgemeinen der billigste Anbieter bevorzugt. Es wird aber darauf gesehen, daß die Arbeiten gemäß dem Angebot auch gemacht werden. Es kommt höchst selten einmal vor, daß weitere Aufschläge bewilligt werden. Es geschieht nur dann, wenn sich im Laufe der Arbeit etwas anderes ergibt, als im Angebot vorgesehen war. Die Arbeiten werden aufgeteilt, damit auch die Firmen ihren Arbeiterstand halten können.

Was die Aufforderung an die Arbeiter der WIBEBA betrifft, für den sozialistischen Wahlfonds zu spenden, wurde noch von niemanden gesagt, wer das unterschrieben hat. Wäre das von einem Verantwortlichen, z.B. einem Prokuristen geschehen, müßte ich eingreifen, denn das ist politischer Mißbrauch, den ich nicht dulden würde. Wenn aber der Betriebsrat das mit seiner Belegschaft vereinbart, ist das nicht meine Angelegenheit. (Rufe bei der ÖVP: Das darf er nicht!)

Zu der Kritik über die Art der Eröffnungsfeierlichkeiten sagt Stadtrat Thaller: Es ist den Herren nicht angenehm, wenn Mieter in den Gemeindewohnungen ihre politische Gesinnung so offen dokumentieren. Auch mit hat die Rede des Mietervertrauensmannes bei einer Eröffnungsfeier nicht gefallen. Man muß das eben dem Taktgefühl jedes einzelnen überlassen.

Die Frage nach der Anzahl der Hausarbeiter bei der Gemeinde beantwortet der Stadtrat damit, daß diese Anfrage bereits im Ausschuß behandelt und eine Antwort erteilt wurde. Zum Großteil handelt es sich dabei um Hauswerkstätten in den Anstalten, die dem Ressort des Vizebürgermeisters Weinberger unterstehen.

Zu den Anregungen der GR. Potetz sei zu hoffen, daß auch die Althäuser der Gemeinde in absehbarer Zeit modernisiert und daß insbesondere Waschküchen und nach Möglichkeit auch Bade- und Brausegelegenheiten eingebaut werden, wie dies bereits im Schnellbauprogramm vielfach geschieht.

Kredite zur Beschaffung von Möbeln werden derzeit bereits durch die Autokreditstelle gegeben, allerdings noch zu einem verhältnismäßig hohen Zinsfuß. Es wird der Versuch unternommen, eine Genossenschaft zu bilden, die sowohl die Produktion wie den Absatz der Sozialmöbel, die geschaffen werden, finanzieren soll.

Besonders hebt Stadtrat Thaller hervor, daß die Wahlversprechungen der Sozialistischen Partei von 1945 und 1949 auf den Bau von 25.000 Wohnungen auch tatsächlich eingehalten werden. Wir haben, so sagt er, mehr als 25.000 Wohnungen begonnen, wir haben 16.000 fertiggestellt und noch 9.000 im Bau.

Bis zum Ablauf der Funktionsperiode dieses Gemeinderates im Jahre 1954 haben wir noch zwei Jahre Zeit, und ich kann die Versicherung abgeben, daß wir die versprochenen 25.000 Wohnungen im Jahre 1954 wirklich fertiggestellt haben werden. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Keine Zeitung außer der "Arbeiter-Zeitung" und dem "Kleinen Volksblatt" hat über die Grundsteinlegung zur 25.000sten Wohnung auch nur ein Wort geschrieben. Die 25.000 Wohnungen, die für die Wiener gebaut werden, sind wahrscheinlich einem Großteil der Wiener Presse gar nichts wert. Die Bevölkerung dieser Stadt hat sich aber allen Vernebelungskünsten und aller Vertuschung zum Trotz einen klaren Blick bewahrt und weiß die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung gerade auf dem Bausektor zu würdigen. (Erneuter starker Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VI. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und der WdU gegen die Stimmen des Linksblockes angenommen. Der Antrag des Linksblockes wird abgelehnt, die Anträge der Volkspartei werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Dr. Ing. Hengl unterbricht die Sitzung um 22.05 Uhr. Die Budgetberatungen werden morgen, Freitag, um 9 Uhr, mit dem Referat über die Geschäftsgruppe VII, baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, fortgesetzt.